

zfsö

ZEITSCHRIFT FÜR SOZIALÖKONOMIE

- Christoph Deutschmann **3** Die Herrschaft der Rentiers – Finanzmarktkapitalismus und politische Demokratie
- Eva-Maria Hubert **11** Zinsfunktionen und das Problem doppelter Inkonsistenz
- Niko Paech **28** Postwachstumsökonomie – ein Vademecum
- Krister Volkmann **32** Solidarische Ökonomie im Spannungsfeld von Regionalität und Globalität
- Sigrun Preissing **38** Tabu – Das Muschelgeld der Tolai in Papua-Neuguinea
- Norbert Mundl **41** Erbbaurecht in Istanbuls Gecekondular – Eine mögliche Lösung der illegalen Siedlungsproblematik
- Fabian Thiel **48** Asiatisches Landmanagement zwischen Pol Pot und Doi Moi
- 59** Bücher – Veranstaltungen

B Ü C H E R

■ Irving Fisher

100%-MONEY / 100%-GELD

Kiel: Verlag für Sozialökonomie, Kiel 2007. 157 Seiten.

Irving Fisher (1867–1947), einer der berühmtesten Ökonomen überhaupt, vom gegenwärtigen FED-Chef Bernanke noch heute zitiert und von Nobelpreisträger James Tobin als größter amerikanischer Ökonom aller Zeiten bezeichnet, hat sich unter dem Eindruck der Folgen der ersten (es war ja ganz offenbar nicht die einzige und nicht die letzte) Weltwirtschaftskrise (1929-33) tiefe Gedanken über die Kreditgeldschöpfung und die Rolle der Geschäftsbanken gemacht. In seinem letzten Buch „100%-money“ von 1935, das nicht nur deshalb, weil es das letzte ist, sein Vermächtnis genannt werden kann, kommt er zu dem Schluss, dass das Problem darin besteht, dass der Staat allenfalls vermeintlich, nicht aber realiter das alleinige Recht auf Schaffung und Schöpfung des öffentlichen Gutes Geld hat.

Denn Geschäftsbanken können zwar selbst kein staatliches Zentralbankgeld schaffen, aber im Rahmen einer Kreditgewährung dem Kreditnehmer einen Anspruch auf Zentralbankgeld einräumen; und den allerdings können sie selbst schaffen. Fisher: „Es ist einfach nur das Versprechen der Bank, den Kontoinhabern auf Verlangen Bargeld auszuzahlen.“ Der Kreditnehmer kann aber in einer modernen Geldwirtschaft nicht nur mit dem Zentralbankgeld, sondern bereits mit dem Anspruch darauf einkaufen gehen, indem er seinen Anspruch auf Zentralbankgeld – z.B. per Banküberweisung oder Scheck – jemand anderem überträgt. Der allergrößte Teil der Zahlungsmittel – Fisher spricht von 90% (heute ist der Anteil eher noch größer) – wird also gerade nicht von der öffentlichen, sondern von der privaten Hand, eben den privaten Geschäftsbanken „... durch eine Art Taschenspielertrick hergestellt.“ Gemäß Fisher leben wir also (auch heute noch) in einem 10%-System, in dem die 10% Zentralbankgeld gewissermaßen 9-fach verliehen werden. „Normalerweise ist sich sogar der Banker darüber nicht bewusst.“

Entsprechend kann die öffentliche Hand die Entwicklung der (gesamten) Geldmenge allenfalls indirekt und jedenfalls nur unbefriedigend kontrollieren. Ganz offensichtlich kann nicht nachhaltig verhindert werden, dass in Boomphasen über Selbstverstärkungsmechanismen eine Kredit- und damit Geldblase entsteht, die alsbald platzt und konsequenterweise im Katzenjammer der Depression enden muss. Zwischen 1929 und 1933 sank die Geldmenge in den USA um 29%. Auch in der gegenwärtigen Krise sinkt die Geldmenge wieder.

Konsequenterweise fordert Fisher eine Wiederherstellung des alleinigen Rechts des Staates, dieses Geld zu schaffen und in Umlauf zu bringen, eben zu 100% staatliches Geld und macht diesbezüglich konkrete Vorschläge: „Der Kern des 100%-Planes besteht in der Unabhängigkeit des Geldes von Krediten. Das Verfahren zur Schöpfung und Vernichtung von Geld muss also von den Bankgeschäften getrennt werden. Ein positiver Nebeneffekt davon wäre, dass die Banken sicherer und profitabler würden. Aber der wichtigste Effekt wäre die Verhinderung von großen Booms und Depressionen.“

Im Wesentlichen soll eine „Währungskommission“ Anleihen, Schuldtitel und andere Aktiva der Geschäftsbanken mit Zentralbankgeld, das auf diese Weise selbst die Rolle einer Staatsschuldverschreibung einnimmt, entweder ganz aufkaufen oder als Sicherheit für die Kreditierung von Zentralbankgeld akzeptieren; und zwar so lange, bis „die Barreserve jeder dieser Banken 100% der bargeldlos per Scheck verfügbaren Sichtguthaben auf Bankkonten erreicht. ... Nach dieser Substitution von Anleihen durch echtes Geld wäre die Bank dazu verpflichtet, dauerhaft eine Barreserve von 100% für die Sichtguthaben ihrer Kunden zu halten. Oder anders gesagt: Die Sichtguthaben wären wirkliche Guthaben, die aus Bargeld bestehen, das die Bank im Auftrag der Kontoinhaber verwaltet.“

Weder unkontrolliertes Aufblähen (Boom) noch Einsturz (Depression) der Geldmenge noch Bankruns wären fürderhin noch möglich, denn: „Es gibt keine bessere Einlagensicherung als eine 100%-Reserve.“ Die Staatsschuld wird entscheidend verringert, die entsprechenden Zinszah-

lungen obsolet, denn der Staat kauft seine eigenen Schuldverschreibungen zurück und stellt sie damit glatt. Schließlich würde das Geldsystem vereinfacht, „weil kein grundlegender Unterschied zwischen Brieftaschengeld und Scheckbuchgeld mehr bestünde“. Entsprechend vereinfacht würden auch die Gesetze, denn „... diese Gesetze sind vor allem Bemühungen zur Behebung von Mängeln unseres Bankensystems, die daraus resultieren, dass es keine 100%-Reserve gibt. Die meisten dieser Vorschriften wären überflüssig, wenn die ursprüngliche 100%-Reserve garantiert wäre.“

Um eine Verstaatlichung der Banken zu vermeiden, wie das während der ersten Weltwirtschaftskrise Praxis war und auch jetzt wieder ist, will Fisher die Verstaatlichung des Geldes bzw. der „monetären Funktion“ der Banken: „Wenn die Banken ihre eigentliche Funktion zur Vergabe von Krediten behalten wollen, die sie auch besser ausführen können als die Regierung, so sollten sie die eigentlich monetäre Funktion abgeben, weil sie sie nicht so gut ausführen können wie die Regierung.“

An mehreren Stellen äußert sich Fisher auch wohlwollend zur Idee des von ihm so genannten „Stamp Scrip“, also des umlaufgesicherten Stempelgeldes. Davon unabhängig kommt er zu dem Schluss: „Der tatsächliche Einfluss, den das 100%-System auf den Zinssatz ausüben würde, wäre eine allmähliche Senkung der Zinsen durch eine kontinuierliche andauernde Bildung von Ersparnissen.“

Als Understatement muss wohl gewertet werden, dass Fisher davon spricht, dass „... die Idee einer 100%-Reserve alt ist und schon Jahrhunderte vor unserer Zeit verwirklicht war.“ Gleichwohl ist er der Ansicht, „... dass dieser Plan, wenn er gut ausgearbeitet und angewendet wird, der mit Abstand beste Vorschlag ist, der jemals für die schnelle und dauerhafte Behebung des Problems von wirtschaftlichen Depressionen gemacht wurde.“

„100%-money“ wurde nunmehr von Klaus Karwat erstmals ins Deutsche übertragen. Es sollte auch hierzulande alsbald seine Wirkung tun, denn: „Wenn das System nicht geändert wird, drohen deshalb zukünftige Booms und Depres-

sionen noch schlimmer auszuarten als in der Vergangenheit.“

Thomas Betz

■ **Joseph Huber / James Robertson
Geldschöpfung in öffentlicher Hand -
Weg zu einer gerechten Geldordnung
im Informationszeitalter**

Kiel: Verlag für Sozialökonomie, 2008. 91 Seiten.

Das soeben von Klaus Karwat aus dem Englischen ins Deutsche übersetzte Buch könnte aktueller nicht sein, denn nach noch nicht einmal 80 Jahren wiederholt sich ganz offenbar die Geschichte (was ja gemäß Berthold Brecht nur als Farce möglich ist): Die Geldmenge muss jedes Jahr mindestens um den Zinssatz wachsen, weil anders die Bedienung der der Geldschöpfung zugrunde liegenden Kredite gar nicht möglich wäre. Dies ist vergleichsweise wenig problematisch, solange das Brutto- bzw. -inlandsprodukt entsprechend mitwächst, was in (Wieder-)Aufbauphasen möglich und durchaus auch sinnvoll ist, aber nicht ewig währen kann: Aufgrund von Sättigungstendenzen und (letztlich zinsbedingt) immer stärker werdender Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen wird die Nachfrage und damit das Wachstum der Realsphäre immer schwächer. Nicht so jedoch das Wachstum der monetären Sphäre, das sich nunmehr immer weiter von der Realsphäre abkoppelt und systemnotwendig zur Inflation führen muss: Allerdings weniger zur Inflation der Dinge des täglichen Bedarfs – die allein sich in den Warenkörben der Statistiker finden – sondern zur Inflation der Vermögenswerte, also der Aktien, der Immobilien, der Rohstoffe, der Edelmetalle, insbesondere aber auch der immer abstruseren Geldvermögens-Konstruktionen, die auch ihre schiere Existenz allein der Tatsache zu verdanken haben, dass die ebenfalls immer abstruseren Geldmengen irgendwo untergebracht werden müssen.

Aber irgendwann nützt es auch nichts mehr, dass die amerikanische Zentralbank, wie in den letzten Jahren, die Geldmengenentwicklung verheimlicht und – mit fadenscheinigen Begründungen – die Geldmenge nicht mehr offiziell ausweist: Der geringste Zweifel daran, dass es ewig so weitergehen kann, führt nun dazu, dass die

Vermögen schlagartig deflationieren und damit (bestehenden wie potentiell zukünftigen) Krediten die Besicherungsgrundlage entziehen. Eine Kettenreaktion kommt in Gang, deren Ende nicht absehbar ist, deren Folgen aber – es ist ja nicht das erste Mal – bekannt sind.

Die beiden Autoren, Joseph Huber, Professor für Wirtschafts- und Umweltsoziologie an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, und James Robertson, ehemaliger Direktor des Forschungsinstitutes der Britishen Banken und Politikberater, wollen nicht, dass es ewig so weitergeht und haben ein Ansinnen, das weit über alles hinausgeht, was gegenwärtig in den Medien diskutiert wird: Sie greifen einen Vorschlag des US-Ökonomen Irving Fisher (ein Hauptvertreter der Neoklassik) auf, den dieser 1935 unter dem Eindruck der Weltwirtschaftskrise in seinem letzten Buch „100%-money“ vorgestellt hat (und welches bereits im letzten Jahr ebenfalls mit Unterstützung der „Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft“ erschien und von Klaus Karwat mit Hilfe der „Stiftung zur Reform der Geld- und Bodenordnung“ ins Deutsche übersetzt wurde) und mit dem sich auch schon Walter Eucken und Milton Friedman beschäftigt haben. Sie entwickeln Fishers Ansatz weiter, haben dabei aber ein ähnliches Problem wie Fisher: „Das komplizierte Geld- und Finanzsystem ist von einem Nebel umgeben, der das Verständnis von ökonomischen Zusammenhängen erschwert. ... Manchmal hat man den Eindruck, dass die heutigen Statistiken und Begriffe über Geld speziell dazu erfunden wurden, um die tatsächliche Funktionsweise des Geldsystems zu verschleiern.“

Der Wesenskern moderner Geldsysteme ist ein Phänomen, das selbst innerhalb der etablierten Ökonomie, v.a. aber in der Öffentlichkeit und bis tief in die Reihen der Geld- und Zinskritiker für Verwirrung sorgt: der moderne Geldschöpfungsprozess der Geschäftsbanken. Diese dürfen zwar in einem formalen Sinne keine gesetzlichen Zahlungsmittel erzeugen, aber bei der Kreditgewährung räumen sie dem Kreditnehmer einen Anspruch auf Zentralbankgeld ein, welcher nur zum geringsten Teil mit Zentralbankgeld selbst unterfüttert sein muss, aber als sog. (Zentralbank-)Geldsurrogat wirkt und auch vollumfänglich über-

all (auch beim Staat selbst) als Zahlungsmittel akzeptiert wird. Damit ist die Situation gegeben, dass die (M3 genannte) Geldmenge zu 90-95% von der privaten Hand geschaffen wird und nur zum geringsten Teil von der Zentralbank selbst. Die beiden Autoren halten diesen Zustand nicht nur für hochproblematisch, sondern auch für untragbar: „Heute nehmen Regierungen Schulden in einem Geld auf, dessen Neuschöpfung sie den Banken selbst genehmigt haben und für das sie Zinsen an Banken und Privatpersonen zahlen müssen.“ Ein großer Teil der Staatsverschuldung ist also allein der Tatsache „geschuldet“, dass der Staat das Geld im Wesentlichen nicht selbst „macht“, sondern „machen lässt“ und dafür Zinsen bezahlt. (Ein sog. „Staatsfinanzierer“ ist übrigens die HypoRealEstate bzw. deren Tochter Depfa).

Ein weiteres Problem des gegenwärtigen Systems besteht in der fehlenden Geldmengen- und damit Inflations-(bzw. Deflations-)kontrolle der Zentralbanken, die die Geldmenge allenfalls indirekt über den Leitzins (mit dem sie selbst Zentralbankgeld an die Geschäftsbanken ausleihen) beeinflussen können. Aber die Geschäftsbanken verhalten sich „als gewinnorientierte Unternehmen natürlich prozyklisch und nicht antizyklisch. In Zeiten des Aufschwungs vergeben sie mehr Kredite, in Zeiten des Abschwungs weniger. Das von den Banken über Kredite geschöpfte Geld ist für die Schwankungen der Geldmenge verantwortlich und trägt so erheblich zur Überhitzung und Unterkühlung der Wirtschaft bei. Der derzeitige Mechanismus der Geldschöpfung verstärkt den Boom und verschlimmert die Depression.“ So hat die immer größer gewordene Geldmenge in den USA die Preise der Immobilien (aber auch anderer Vermögensformen) immer weiter in die Höhe getrieben, was wiederum den Wert der Sicherheiten und damit das Kredit- und Geldschöpfungspotential immer weiter erhöht hat. Umgekehrt saugen sich in der gegenwärtigen Situation – so auch in Deutschland – die Geschäftsbanken mit billigem Zentralbankgeld regelrecht voll, vergeben aber kaum noch selbst Kredite, weder an ihresgleichen noch an die Realwirtschaft und allenfalls zu horrenden Zinsen. In einer solchen System-Konstellation kann weder

der für die Realwirtschaft maßgebliche Zins nach unten korrigiert noch die Deflation verhindert werden.

Was ist also gemäß der beiden Autoren zu tun? Zunächst: „Die Geld- und Finanzinstitutionen werden die Gleichen bleiben. Fast alle täglichen Abläufe in den Banken und auf den Finanzmärkten werden so weitergehen, als wäre nichts passiert. Keinerlei Geldbesitz wird angetastet, Banken eingeschlossen. Nichts wird enteignet.“

Aber: „Sichtguthaben in der offiziellen Währung werden als gesetzliche Zahlungsmittel definiert und damit dem Bargeld rechtlich gleichgestellt. So werden sie in jeder Hinsicht zu vollwertigen gesetzlichen Zahlungsmitteln, also zu Vollgeld. Der Gesamtbetrag an unbarem Geld auf allen Girokonten ... wird zusammen mit dem Gesamtbetrag an umlaufendem Bargeld als die Geldgesamtheit M an gesetzlichen Zahlungsmitteln definiert. Girokonten von Bankkunden werden aus den Bilanzen der Banken ausgegliedert. ... In der Praxis bedeutet dies, dass Zahlungen auf Vollgeldkonten immer entsprechende Abbuchungen von anderen Vollgeldkonten auslösen oder aber in Bargeld geleistet werden müssen. ... Nur der Zentralbank wird es möglich sein, Geld in einem Schöpfungsakt auszugeben, ohne es zuvor eingenommen zu haben.“

Banken werden also zukünftig das Giralgeld ihrer Kunden genauso behandeln wie heute schon deren Wertpapiere in den entsprechenden Depots: Diese befinden sich nur in der Verwaltung, nicht jedoch im Eigentum und auch nicht in der Bilanz der Banken und sind deshalb von einer Bankenpleite auch nicht betroffen. Damit erübrigt sich zukünftig auch die Angst vor einem „Bankrun“, also dem massenhaften Ansturm der Bankkunden und dem Abheben von ihren Konten, denn die Solvenz einer Bank hängt allenfalls von ihrem eigenen Geld ab, nicht jedoch von dem Geld ihrer Kunden, das sie in deren Auftrag verwaltet. Umgekehrt könnte aber auch ein tatsächlicher Bankrun eine Bank gar nicht mehr in den Ruin treiben.

Sind im Vollgeld-System geplante Staatsausgaben höher als die Steuereinnahmen und soll gleichzeitig die Geldmenge ausgeweitet werden (im Rahmen eines realen Wachstumsprozesses),

so verschuldet sich der Staat gewissermaßen bei sich selbst bzw. gar nicht, indem er das Vollgeld durch öffentliche Ausgaben in Umlauf bringt. Auf diese Weise könnten also auch hochnachfragewirksame Sozialausgaben finanziert werden, um gleichzeitig eine wirtschaftliche Stagnation zu bekämpfen. Aber auch in der Vollgeld-Welt wird die Zentralbank den Geschäftsbanken wie bisher Geld kreditieren, was aber nunmehr bei Bedarf bzw. politischem Willen zu sehr geringen Zinssätzen – auch nahe oder gleich Null – möglich ist, und zwar ohne dass diese Praxis zu unkontrollierter Geldmengenausweitung und damit zu Inflation führen muss. Denn: „Die Menge des umlaufenden Geldes wird durch Kreditvergaben nicht mehr verändert.“ Gleichwohl wird es diese Kreditvergaben auch seitens der Geschäftsbanken nach wie vor geben, aber anders als bisher. Denn erst jetzt werden die Banken zu den „Finanzintermediären“, also den Vermittlern von Ersparnis und Investition, für die sie viele – allerdings zu Unrecht – bereits im bestehenden System halten. Denn: „Geschäftsbanken müssen dann alles von ihnen benötigte zusätzliche Geld ausleihen, bevor sie es für Kredite zur Verfügung stellen oder für andere Geschäfte ausgeben können.“

Die Geldmengenentwicklung müsste auch nicht mehr indirekt und „unscharf“ über den Leitzins kontrolliert und korrigiert werden, sondern sie könnte direkt und auf den Cent genau erfolgen (ein Zustand, der Milton Friedman gefallen hätte). Besser noch: Es bedürfte nicht wirklich eines Zinses mehr, um die Entwicklung der Geldmenge im Zaume, um das Geld knapp zu halten. Auch deshalb wäre die Inflationskontrolle sehr viel effektiver, weil der Inflationsdruck sehr viel geringer wäre, denn das Preisniveau und das Geld sind sehr viel stabiler, wenn bei sehr viel niedrigeren Zinssätzen auch die zu kalkulierenden Finanzierungskosten in Gütern und Dienstleistungen sehr viel niedriger wären. Höhen und Tiefen der Konjunkturzyklen könnten besser ausgeglichen werden.

Im gegenwärtigen System schöpfen die Banken mit der Vergabe von Krediten nicht nur Geld, sondern üben eine Investitionskontrolle aus und haben damit eine Schlüsselposition nicht nur

bei der Schöpfung, sondern auch bei der Verwendung des Geldes. „Dabei bevorzugen sie diejenigen Kreditnehmer, die bereits über viel Geld und/oder andere Sicherheiten verfügen. Unser derzeitiges Geldsystem fördert so die wirtschaftlich Starken und Reichen und diskriminiert kleinere Firmen und weniger bemittelte Individuen.“ In einem Vollgeld-System könnte also „ein größerer Anteil des neu geschöpften Geldes unter Gemeinwohlaspekten ausgegeben werden. ... Dies bewirkt eine breitere Verteilung von Einkommen, Ersparnissen und Kapitalbesitz.“

„Eine schuldenfreie Geldmenge, eine niedrigere Staatsverschuldung, ein besser ausgeglichener Staatshaushalt und eine niedrigere Steuerlast würden dazu beitragen, dass Unternehmen und private Haushalte über höhere Einkünfte verfügen und so eine breitere Vermögens- und Kapitalbasis aufbauen können. Dadurch würden sie unabhängiger von Subventionen, Sozialleistungen und Fremdkapital und könnten so besser für sich selbst und andere sorgen.“ Nicht nur aufgrund dieser fast schon Agenda-2010-kompatiblen Zukunftsaussichten, sondern v.a. aufgrund der offensichtlichen Wirkungslosigkeit der ergriffenen „Maßnahmen“ und der offensichtlichen Hilflosigkeit der „handelnden“ Akteure in der aktuellen Situation hat es das Vollgeld verdient, in der breiteren Öffentlichkeit wie in der Wissenschaft eilends wahrgenommen und diskutiert zu werden.

Thomas Betz

■ Dirk Löhr Die Plünderung der Erde – Anatomie einer Ökonomie der Ausbeutung. Ein Beitrag zur Ökologischen Ökonomik

Kiel: Verlag für Sozialökonomie, 2008. 486 Seiten.

Dirk Löhr (Jahrg. 1964) ist Professor für Steuerlehre und Ökologische Ökonomik am Umwelt-Campus Birkenfeld der Fachhochschule Trier und als Vorsitzender der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft (SG) ein Hoffnungsträger der Freiwirtschaftsbewegung. Sein großes und Silvio Gesell gewidmetes Werk ist ein Markstein auf der Suche nach einem „dritten Weg“ jenseits von Kapitalismus und Staatssozialismus. Erstmals wird hiermit ein primär an Studierende gerichtetes Lehrbuch

vorgelegt, das sich kritisch mit dem Privatisierung und Renditemaximierung rechtfertigenden Mainstream der Wirtschaftswissenschaften auseinandersetzt.

Löhr beschränkt sich nicht auf die Rolle des Geldwesens, sondern fragt umfassend nach notwendigen Ordnungsselementen für nachhaltiges Wirtschaften, das künftigen Generationen und der Natur die Lebensgrundlagen erhält. Obwohl selbst kein Christ, sind ihm die religiös-kulturellen Wurzeln der Ökologie wichtig. Hinweise auf alttestamentarische Weisheiten für nachhaltiges Wirtschaften, die Juden und Muslimen bewusster sind als den Scheinchristen, ziehen sich wie ein roter Faden durch sein Werk.

Durch viele Fakten, Beispiele, Hinweise und eingestreute Erläuterungen spricht das materialreiche Buch einen breiten Leserkreis an und könnte zum Brückenschlag zwischen Wissenschaft, Politik und zivilgesellschaftlichen Bewegungen beitragen, auch wenn die Lektüre der fast 500 eng bedruckten Seiten einige Ausdauer verlangt und Mainstream-Wissenschaftler durch manche polemische Äußerungen abschrecken mag.

Löhrs Analyserahmen besteht aus sechs Feldern, indem er zum einen unterscheidet, ob Güter begrenzt bzw. schwer ersetzbar sind (wie Boden und Rohstoffe) oder vermehrbar bzw. leicht ersetzbar (wie Maschinen und Wissen). Zum anderen bildet er drei Ordnungskategorien: Exklusivität verleihendes Privateigentum, Gemeineigentum mit Nutzungsregeln und öffentliche Güter ohne Zugangsregeln. Während die vorherrschende Property rights-Theorie sich effiziente Nutzung davon verspricht, dass sie an möglichst allen Gütern private Eigentumstitel gewährt, kritisiert Löhr genau dies, und zwar sowohl bei schwer vermehrbaren Gütern wie Boden und Naturschätzen wie auch in Bezug auf das Wissen, das durch Patentrechte unzugänglich wird.

Mit Hilfe der Kriterien Nachhaltigkeit, Effektivität, Effizienz und Verteilungsgerechtigkeit zeigt er u.a. an den Beispielen Boden und netzgebundene Versorgung mit Wasser und Strom, wie schädlich sich private Monopole und Aneignungsmechanismen auswirken. Während der erste Teil des Buches den Strukturen gewidmet ist, verfolgt der zweite Teil unter der Überschrift

„Von der Wiege bis zur Bahre“ die Wirtschaftsprozesse von der Entnahme aus der Natur bis zur Deponie der Abfälle. Dieser Teil behandelt auch die Funktion und sachgerechte Gestaltung des Geldwesens. Die fatale Rolle des Zinses durch Abdiskontierung der Zukunftseffekte wird einleuchtend dargestellt. Ein paar Kernsätze daraus seien hier zitiert: „Generell gibt ein positiver Zinssatz den Anreiz, die monetären Nutzen aus der Ausbeutung von Ressourcen in die Gegenwart und die monetären, ökologischen wie sozialen Folgekosten in die Zukunft, auf nachfolgende Generationen zu verlagern.“ (S. 212) „Nur ein Zinssatz von Null gibt das Signal zu einer gleichmäßigen Entnahme der nicht erneuerbaren Ressourcen über den Zeitablauf hinweg. Nur dann entspricht für erneuerbare Ressourcen das biologische dem ökonomischen Optimum. Die Erntemenge wird dann auf die Regenerationsrate beschränkt. ... Der Zinssatz muss sinken, damit es zum vermehrten Einsatz umweltschonender Technologien kommt.“ (S. 236-237) „Intergenerationelle Gerechtigkeit setzt folglich einen Zinssatz voraus, der gegen Null strebt.“ (S. 246)

Aber Löhr stellt auch klar, dass bei sinkendem Zins Gemeineigentum an nicht vermehrbaren Gütern wie Boden und Atmosphäre umso dringlicher wird. „Ein Zinssatz gegen Null führt bei Privateigentum an den Ressourcen geradewegs in einen Ressourcenfeudalismus.“ (S. 246) Für den Boden befürwortet er eine Treuhandlösung mit meistbietender Versteigerung an private Nutzer und Rückverteilung der Bodenrente an alle Bürger.

Eingehend beleuchtet Löhr den mit dem Geldwesen verbundenen Wachstumsdruck. „Ohne ausreichendes Wachstum kommt es im kapitalistischen System ... unmittelbar zur wirtschaftlichen und sozialen Katastrophe. Mit Wachstum hat die Katastrophe einen anderen Charakter: Sie betrifft die Ökologie und tritt schleichend zu Tage. Das gegenwärtige kapitalistische System lässt uns also zwischen Pest (ökonomische/soziale Krise) und Cholera (ökologische Katastrophe) entscheiden.“ (S. 252)

Ein dritter Teil untersucht die in der Praxis üblichen Instrumente einer strukturkonservativen „Politik der kleinen Schritte“: Maßnahmen zur

Bewusstseinsbildung, Ordnungs- und Planungsrecht, New Public Management, Selbstverpflichtungen, Kooperationen, Besteuerung und Subventionen. An den Maßstäben Effekt für die Ökologie, wirtschaftliche Effizienz und Verteilungsgerechtigkeit zeigt Löhr den jeweils eingeschränkten Anwendungsbereich und Zielerreichungsgrad dieser Instrumente und ihre unbeabsichtigten Nebenfolgen, ohne sie deshalb zu verdammen. Doch den gegenwärtigen Wirtschaftskrieg, dem täglich 100.000 Menschen und jährlich zwischen 3000 und 30.000 Tier- und Pflanzenarten zum Opfer fallen, können sie nicht stoppen.

Um diesen Wirtschaftskrieg der „Zaunpfähle“ zu beenden, mit deren Hilfe Privilegien zugeteilt und abgesichert werden, bedürfte es des „zivilgesellschaftlichen Protests mit Kompass“, lautet Löhrs eindringliche Schlussfolgerung in seinem kurzen vierten Teil. Diese Orientierung vermag sein Buch durchaus zu geben, das deshalb größtmögliche Verbreitung, lernbereite Lektüre und Beachtung in der Politik verdient.

Roland Geitmann

■ Dirk Solte Weltfinanzsystem am Limit – Einblicke in den „Heiligen Gral“ der Globalisierung

Mit einem Geleit- und Vorwort von W. Eichhorn und F. J. Radermacher.

Berlin: Terra Media Verlag, 2007. 279 Seiten.

„Ich verstehe da einiges nicht. Inzwischen merke ich, niemand versteht mehr, was da passiert“, gestand mit Blick auf den internationalen Finanzmarkt der luxemburgische Premier Jean-Claude Juncker im November 2007. Das angezeigte Buch von Dirk Solte hilft wesentlich, die finanziellen Instrumente und Mechanismen der globalen Aneignungsmaschinerie zumindest ansatzweise zu verstehen und sich über die derzeitigen Impllosionen nicht mehr zu wundern.

Diese Erschütterungen könnten heilsam sein, wenn sie tief greifende Veränderungen des Finanz- und Wirtschaftssystems anstießen. Stattdessen muss man fürchten, dass es im Wesentlichen dabei bleibt, den Kollaps durch zusätzliche Staatsverschuldung nochmals zu verschieben. Denn darauf ist das Weltfinanzsystem angewiesen, dass die Staaten mehr und mehr als Tributeinzugs-

organe der Oligarchen fungieren. Nur in gemeinsamem Handeln kann sich die Staatengemeinschaft noch aus deren krakenhaften Zugriff befreien.

Dirk Solte ist promovierter und habilitierter Betriebswissenschaftler, Stellvertreter von Franz Josef Radermacher im Vorstand der Forschungsstelle für anwendungsorientierte Wissensverarbeitung (FAW) in Ulm und Privatdozent für Betriebswirtschaftslehre an der Universität St. Gallen. Jenseits von Verschwörungs- und anderen Theorien analysiert er nüchtern Zahlen und quantitative Entwicklungen der Weltwirtschaft, insbesondere die vom Weltsozialprodukt abgekoppelte Ausdehnung des Finanzmarkts. Er zeigt ganz konkret, wie Finanzjongleure mangels begrenzender Regelungen „ganz legal“ vorgehen, wie Kreditschöpfung, Schuldverschreibungen und andere Derivate, Steuerdumping und -oasen zusammenwirken.

Sehr anzuerkennen ist sein Bemühen um Allgemeinverständlichkeit, insbesondere durch einen Anhang über Organisation, Akteure und Abläufe des Finanzmarkts und ein Glossar, das die zahlreichen englischsprachigen bankfachlichen Begriffe erläutert. Seine Schlussfolgerungen sind allemal verständlich. Manches von uns Vermutete wird hier belegt und vieles ist weit schlimmer als gedacht. Unweigerlich kommen dabei die USA ins Visier, die ihren Konsum vom Rest der Welt subventionieren lassen und gleichzeitig das Inflationsrisiko ihres überbewerteten Dollars in andere Währungsräume exportieren.

„Der Finanzmarkt unterstützt die Umgehung von Besteuerung und wird in großem Volumen dazu genutzt. Das Kreditschöpfungspotential des Finanzsektors wird durch ‚innovative Eigenkapitalinstrumente‘ ausgeweitet. Daraus resultiert für den Finanzsektor eine Unbegrenztheit der Liquidität und Eigenkapitalausstattung. Das schafft die besten Voraussetzungen zur finalen Umverteilung aller weltweiten Sachvermögenstitel im Tausch gegen (ungedekte) Geldsurrogate“ (S. 116).

Dies geschieht z.B. durch Übernahmen lukrativer Unternehmen, den großvolumigen Ankauf von Immobilienvermögen und Ressourcen und alles auf Kredit. „Über den Weltfinanzmarkt wird so in einem immensen Umfang werthaltiges Ver-

mögen umgeschichtet.“ (S. 125) „Der Normalbürger und der Mittelstand finanzieren alleine die systemischen Voraussetzungen für Reichtum, Wohlstand und sozialen Ausgleich. Die maßgeblichen Akteure mit ihrem tiefen Zugriff auf den Finanzmarkt und den Möglichkeiten, andere davon auszuschließen, zahlen nicht nur keine Steuern, sondern transferieren Jahr für Jahr immense Sachwerte in ihre Vermögen, u.a. durch eine weitgehend unregulierte Schöpfung von ‚fiat-Geld‘ aus dem Nichts.“

Bei längerfristiger Betrachtung wird die Absurdität des Systems für jede/n einsichtig: „Bei durchschnittlichen Wachstumsraten des Weltfinanzmarktes und des Bruttoinlandsproduktes wie in den letzten 15 Jahren hätte der Weltfinanzmarkt in 50 Jahren das 20-fache Volumen des Weltbruttoinlandsproduktes oder anders gesagt: Bei einer Durchschnittsverzinsung von 5% würde in 50 Jahren das gesamte Weltbruttoinlandsprodukt für Zinszahlungen gebraucht.“

Bei seinen Zukunftsszenarien rechnet Solte damit, dass die Finanzmarktakteure und die Politik alles versuchen werden, einen Kollaps des Systems zu vermeiden, und stattdessen eine „Brasilianisierung“, eine Verarmung der Welt zugunsten einer kleinen Privilegiertenschicht betreiben. Für ein demgegenüber nachhaltiges Steuer- und Finanzsystem, das als Gegenstand eines weitergehenden Forschungsprojekts ins Auge gefasst ist, gibt Solte bemerkenswerte Hinweise: Neben Harmonisierung der Steuergesetze und transnationalen Abgaben wie der Tobin-Steuer und Transportabgaben schlägt er eine „Mehrgeldsteuer“ vor auf jede Art von emittierten Schuldtiteln oder vergebenen Krediten, also auf neu geschöpftes Geld und Geldsurrogate einschließlich Aktien.

Der Autor denkt dabei an durchschnittlich 1 – 1,5%, nach Risiko degressiv abgestuft, am höchsten bei Staatsschuldverschreibungen, am niedrigsten bei riskanten Krediten an den Mittelstand. Den Liquiditätsvorteil des Geldes abzuschöpfen und damit den Realhabenzins in Richtung Null sinken zu lassen, ist offensichtlich nicht beabsichtigt. In Höhe und Zielsetzung entspricht dieser Vorschlag also nicht unserer Geldreformidee, kommt aber in deren Nähe. Im Literaturverzeichnis findet sich zumindest eines der Bücher

unserer Richtung, nämlich das von Lietaer/Brunnhuber (*Money and Sustainability*, 2005).

Es wäre zu wünschen, dass der Autor seine Erkenntnisse und Ansätze in die politischen Überlegungen für eine neue Weltfinanzordnung einbringen kann. Im Zuge seiner weiteren Forschungen wird er vielleicht erkennen, dass zur Vermeidung zerstörerischer Zinseszinsseffekte noch tiefer greifende Veränderungen notwendig sind. Ein wichtiger, weil die Augen öffnender Beitrag ist dieses Buch allemal, das deshalb breite Aufmerksamkeit verdient.

Roland Geitmann

■ **Rat der Evangelischen Kirche Deutschlands Gerechte Teilhabe – Befähigung zu Eigenverantwortung und Solidarität. Eine Denkschrift des Rates der EKD zur Armut in Deutschland**

Gütersloh: Gütersloher Verlagshaus. 1. Aufl. 2007. 88 Seiten.

■ **Unternehmerisches Handeln in evangelischer Perspektive – Eine Denkschrift der EKD**

Gütersloh: Gütersloher Verlagshaus. 1. Aufl. 2008. 128 Seiten.

■ **Ulrich Duchrow und Franz Segbers (Hg.) Frieden mit dem Kapital? Wider die Anpassung der evangelischen Kirche an die Macht der Wirtschaft**

Oberursel: Publik-Forum Verlagsgesellschaft, 2008. 191 Seiten.

Einen Mangel an Systemkritik konnte man schon bei früheren Äußerungen der EKD beklagen, etwa bei der Denkschrift „Gemeinwohl und Eigennutz“ (1991) oder auch beim Gemeinsamen Wort des Rates der EKD und der katholischen Deutschen Bischofskonferenz „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“ (1997). Diese Neigung zu systemimmanenter Betrachtung hat sich mit den neueren Denkschriften verstärkt.

Deshalb ist das Beste an ihnen, dass die jüngste Denkschrift „Unternehmerisches Handeln“ entschieden Widerspruch provoziert hat, der in bemerkenswert kurzer Zeit in Buchform erschienen ist: „Frieden mit dem Kapital?“ Zehn Autoren und eine Autorin haben darin ihre Unterstützung über die Blickverengung der EKD überzeugend begründet: Pfarrerin Silke Niemeyer und Propst a. D. Heino Falcke mit unterschiedlichen Erfahrungen in Ost und West, der Vorsitzende der

IG Medien Detlef Hensche aus der Sicht der Arbeitnehmerschaft, die Professoren für Volkswirtschaftslehre Siegfried Katterle und Karl Georg Zinn aus wissenschaftlicher Sicht wie auch die Sozialethiker Arne Manzeschke und Franz Segbers sowie der Publizist Christian Felber. Aus biblischer Sicht schreiben die Theologen Ton Veerkamp, Frank Crüsemann, Kuno Füssel und Mitherausgeber Ulrich Duchrow.

Den beherzten und lesenswerten Stellungnahmen, von denen mehrere auch Zinsverbot, Schuldenerlass und Bodenordnung berühren, ist ein zusammenfassendes Memorandum vorangestellt, das wiederum mit einem Aufruf beginnt. Dieser wirft der Unternehmer-Denkschrift vor:

„1. Sie beschönigt die sozio-ökonomische Realität in grotesker Weise und trennt sich damit von der Mehrheit der Erdbevölkerung und auch von den Verlierern und vor allem Verliererinnen in Deutschland, die zunehmend unter den ausschließlichen, verarmenden und ökologisch zerstörerischen Folgen des herrschenden Systems leiden.

2. Indem sie diese Realität ‚Soziale Marktwirtschaft‘ nennt, statt sie mit ihrem Namen, nämlich neoliberalen Kapitalismus, zu benennen, legitimiert sie diesen – in einer Zeit, in der sich die Mehrheit der Menschen und zunehmend auch Staaten vom Neoliberalismus abwenden. Sie erweckt den Eindruck, als seien zu beobachtende negative Probleme nur auf individuelles Fehlverhalten einzelner Akteure zurückzuführen, und stützt so das bestehende System.

3. Sie distanziert sich von ihren eigenen bisherigen sozialetischen Grundeinsichten, dass das unternehmerische Handeln durch eine widergelagerte Gesellschaftspolitik sozial und ökologisch verträglich in die Gesellschaft eingebettet werden muss (vgl. das Wirtschafts- und Sozialwort der Kirchen von 1997, Ziff. 143). Sie nimmt stattdessen im Einklang mit dem neoliberalen Mainstream hin, ‚die staatliche Regulierung auf das Notwendigste‘ (44) zu begrenzen.

4. Die für diese Denkschrift und ihre Verbreitung Verantwortlichen gefährden die Einheit der EKD mit der weltweiten Gemeinschaft der Kirchen, die sich im Ökumenischen Rat der Kirchen (ÖRK), dem Reformierten Weltbund (RWB) und im Luthe-

rischen Weltbund (LWB) zusammengeschlossen haben. Denn diese haben sich in einem langen, biblisch begründeten Prozess klar auf die Seite der vom herrschenden System ausgeschlossenen und verarmten Weltbevölkerung und der in ihrer Lebensfähigkeit bedrohten Erde gestellt und haben dem neoliberalen Kapitalismus eine klare Absage erteilt.“

Die Erstunterzeichner rufen alle Christinnen und Christen sowie die Gemeinden und Landeskirchen dazu auf, „die EKD-Verantwortlichen auf biblisch-theologischer Grundlage und mit klaren Argumenten aufzufordern, diese Denkschrift zu widerrufen, die Anpassung an die herrschenden Mächte in Wirtschaft und Politik aufzugeben, die eigene sozial- und wirtschaftsethischen Traditionslinien ernst zu nehmen sowie unter Berücksichtigung der verheerenden Folgen der ökonomischen Globalisierung weiterzuentwickeln und in die weltweite ökumenische Gemeinschaft der Kirchen zurückzukehren.“

Während man die letzteren Forderungen gern unterstützen möchte, gerät der Rezensent bei der Aufforderung „zu widerrufen“ in Zweifel. Denn ein verlangter Widerruf kann sich logischer Weise nur auf Falsches beziehen. Belangloses dagegen kann man zwar bedauern und zurückziehen und durch Treffenderes ersetzen, aber schwerlich widerrufen. Falsches lässt sich widerlegen; Belangloses dagegen vernebelt und ist insofern noch gefährlicher als Falsches.

Die EKD kann sich scheinbar damit rechtfertigen, dass sie keine Denkschrift über Wirtschaft allgemein oder Wirtschaftspolitik beabsichtigt habe, sondern lediglich über den Teilaspekt, wie Unternehmer im Rahmen des gegebenen Systems ihre ethische Verantwortung wahrnehmen können. Was die rd. 20 Mitglieder der EKD-Kammer für Soziale Ordnung schreiben über Erhaltung von Arbeitsplätzen, Mitbestimmung und Werbung, Managergehälter, Finanzinstrumente und Globalisierung, ist zumeist nicht direkt falsch, aber ohne jede Spur von Systemkritik. Ulrich Duchrow übertreibt zwar seinerseits, wenn er in der Wirtschaft keinerlei Raum mehr für individuelle ethische Entscheidungen sieht. Doch geht die Beschränkung auf Individualethik an der eigentlichen Problemlage vorbei.

Während gerade versucht wird, unser sozialökologisch zerstörerisches Wirtschaftssystem durch gewaltige zusätzliche Staatsverschuldung zu retten und den Staat also vollends zum Tributeintreiber der Wirtschaft zu machen, wirkt solche Blickverengung der EKD nur noch peinlich. Eine Hilfe für die jetzt anstehenden Fragen einer Neuordnung der Weltwirtschaft und ihres Finanzsystems enthalten die Denkschriften jedenfalls nicht. Das Gegenmemorandum wie auch die Entschlüsseungen des RWB und des LWB und das AGAPE-Papier des ÖRK böten der EKD Hinweise und Anlass genug, die Grundlagen unserer Wirtschaft zu hinterfragen und sich ihrer Weltverantwortung zu besinnen.

Wer den Aufruf unterzeichnen möchte, wende sich per E-Mail an: Unterschrift.Memorandum@wts.uni-heidelberg.de *Roland Geitmann*

■ Daniel Dahm und Gerhard Scherhorn Urbane Subsistenz – Die zweiten Quelle des Wohlstands

München: ökom-Verlag, 2008. 239 Seiten.

Verdienstvollerweise wird mit diesem Werk ein Aspekt aufgegriffen, der für eine weniger technik- und wachstumszentrierte Nachhaltigkeitsauslegung elementar ist. Die Rede von der Subsistenz ruft nicht selten Assoziationen zu einer frühzeitlichen Daseinsform wach, die allein auf Selbstversorgung beruht. Erst deren konsequente Überwindung, so das Credo moderner Fortschrittskonstruktionen, verheiße expandierenden Güterwohlstand, den die Verzahnung von industrieller Arbeitsteilung und vollständiger Fremdversorgung ermögliche.

Ein Wesenszug der Subsistenz besteht darin, eine strukturelle Distanz zwischen Verbrauch und Produktion zu vermeiden. Der Verzicht auf produktionstechnische Spezialisierung und geldbasierte Markttransaktionen bedeutet indes mehr als eine Expansionsbeschränkung um ihrer selbst willen. Eine unmittelbar am Bedarf orientierte Aktivierung lokaler Ressourcen und manueller Fertigkeiten umgeht jene Risiken und schicksalhaften Abhängigkeiten, die eine auf globalisierten Wertschöpfungsnetzen basierende Ertragsmaximierung mit sich bringt. Subsistenz bedeutet im Kern: Be-

scheiden, aber sturmsicher und im doppelten Sinne ökologisch, quantitativ sowieso, aber auch qualitativ, nämlich infolge des Wegfalls raumgreifender Produktions- und Infrastrukturen. Wie vieler Finanz- und Umweltkrisen wird es wohl noch bedürfen, damit sich der zeitgenössische homo consumens nicht mehr zu vornehm ist, über eine neu justierte Balance zwischen Erwerb und Subsistenz nachzudenken?

In genau dieser Balance liegt, wie Dahm und Scherhorn betonen, ein ignorierter Schlüssel zum Funktionieren ausgerechnet jener Wohlstandsgesellschaft, die sich fern aller Subsistenz wähnt. Dies betrifft nach Meinung der Autoren zumindest die öffentliche Subsistenzarbeit. Damit ist bürgerschaftliches Engagement gemeint, durch das im urbanen Umfeld essentielle marktfreie Güter bereit gestellt werden. Sowohl die marktwirtschaftliche als auch staatliche Leistungserstellung gründet letztlich auf Bedingungen, die diese selbst nicht herzustellen in der Lage sind. Erst Bürgerarbeit schafft soziale Stabilität, urbane Lebensqualität und die vielen unentgeltlichen Beiträge, ohne die eine Reproduktion der Ressourcen, von denen die Erwerbsarbeit zehrt, gar nicht denkbar wäre. Mithin subventioniert die (öffentliche) Subsistenzarbeit den Komplex der Marktproduktion.

Hier setzt nun ein weitreichender Überblick an, den Dahm und Scherhorn über das Spektrum und die Verbreitung des bürgerschaftlichen Engagements geben. Dies erfolgt mittels empirischer Untersuchungen, die in Köln, Stuttgart und Berlin durchgeführt wurden. Eindrucksvoll werden die Anwendungsbereiche, Aktivitäten und Einrichtungen analysiert, deren Umfang erstaunt. Diverse Kartierungen (die hinsichtlich ihrer graphischen Auflösung teilweise zu wünschen übrig lassen) unterstützen die Darstellung der Vernetzung, Konzentration und Einzugsgebiete der bürgerschaftlichen Tätigkeiten in den untersuchten Innenstädten.

Um den besonderen Charakter der informellen Arbeit konzeptionell zu erfassen, nähern sich die Autoren einem spezifischen Produktivitätsbegriff. Dieser gründet auf einer Kopplung an die Qualität sowohl des Produktes als auch des Produktionsprozesses. Angesichts asymmetrischer

Informationsverteilungen beschwört das Marktgeschehen einen immanenten Zielkonflikt herauf: Quantitätssteigerungen werden oft zulasten der Qualität erzielt. Demgegenüber bemisst sich die Produktivität von Subsistenzarbeit am Grad der intrinsischen Motivation, mit der eine Leistung um ihrer selbst willen erbracht wird. Damit entfällt der Anreiz, die Qualität zwecks quantitativer Ertragsmaximierung zu senken. Anders ausgedrückt: Je geringer die Distanz zwischen Nutzer und Dienstleister/Produzent ist (im Extremfall dieselbe Person), umso mehr verliert die Verrichtung den Charakter des bloßen Mittels zwecks Maximierung eines damit nicht identischen Ziels (Profit). Damit entfällt die Basis für eine Externalisierung sozialer und ökologischer Kosten. Der Selbstzweckcharakter von Subsistenzarbeit führt dazu, dass diese „ihren Lohn in sich trägt“.

Zu einer weiteren Stärke des Buches zählt die ausführliche Darstellung des Zusammenhangs zwischen Subsistenz, intrinsischer Motivation und dem daraus resultierenden Beitrag zur Lebensqualität. Dabei wird schließlich auch auf Formen privater Subsistenz, also Eigenarbeit, abgehoben. Wenn gleich die Autoren einräumen, dass Eigenarbeit durchaus monetäres Einkommen substituiert, können sie mittels einer Befindlichkeitsstudie zeigen, dass die Motivation hierzu eher immateriellen Faktoren entspringt, die als Hinwendung, Einsatz, Zufriedenheit und Wohlfühlgefühl operationalisiert werden.

Im Schlussteil des Buches wird dargelegt, warum das Subsistenzprinzip eine Voraussetzung für Nachhaltigkeit bildet. Hier begnügen sich die Autoren nicht mit den beiden bereits oben angesprochenen Kausalketten. Vielmehr versuchen sie zu zeigen, dass die Beseitigung jeder Art von Externalisierung, ganz gleich ob es um ökologische oder soziale Verwerfungen handelt, des bürgerschaftlichen Engagements bedarf, zumal der Aktionsradius des Marktes und des Staates nie hinreichend sein kann, um den Verschleiß von Gemeingütern einzudämmen. Die Zukunft der Subsistenzökonomie sehen Dahm und Scherhorn u.a. darin, dass eine Umverteilung der Erwerbsarbeit erstens durch einen Rückgang des „Überkonsums“ und zweitens durch mehr Zeit für bürgerschaftliches Engagement und Eigenversorgung abge-

federt werden kann. Letztere könnte wenigstens 10 Prozent der bisherigen Konsumausgaben kompensieren. Die Idee des Grundeinkommens sehen die Autoren eher skeptisch und optieren daher für eine Grundsicherung mittels negativer Einkommenssteuer. Schließlich wird noch ein kritischer Blick auf die kommunalen Rahmenbedingungen geworfen, inwieweit diese Subsistenztätigkeiten unterstützen und auf welchem Wege dies in besserer Weise erfolgen könnte.

Das Buch legt auf erhellende Weise dar, welcher bislang von den Wirtschaftswissenschaften vernachlässigte Stellenwert der Subsistenzökonomie zukünftig als Grundpfeiler einer nachhaltigen Entwicklung zukommt. Positiv fällt auch der flüssige, aber niemals unpräzise Stil auf. Die Lektüre wird dringend empfohlen. *Niko Paech*

■ **Andreas Exner, Christian Lauk,
Konstantin Kulterer**
**Die Grenzen des Kapitalismus - Wie wir
am Wachstum scheitern**

Wien: Verlag Carl Ueberreuter, 2008. 223 Seiten.

Wo immer derzeit Politiker- oder so genannte Expertenrunden zum Thema Wirtschaftskrise tagen, bietet sich zumeist ein denkwürdiges Bild kollektiver Rat- und Hilflosigkeit. Anstatt sorgfältig die Ursachen des gegenwärtigen ökonomischen Desasters zu hinterfragen bzw. das System als solches auf seine Sinn- und Funktionstauglichkeit zu überprüfen, laufen die auf solchen Tagungen abgefassten Expertisen letztlich darauf hinaus, alle nur erdenklichen Anstrengungen zu unternehmen, das etablierte liberalkapitalistische System zu stützen und am Leben zu erhalten. Dass dabei in erster Linie der menschliche Faktor „Arbeit“ vorrangig in die Pflicht zu nehmen ist, scheint eine ausgemachte Selbstverständlichkeit. Ein nicht minder bitterer Zynismus offenbart sich im sturen Festhalten an der Wachstumsökonomie getreu der Illusion, dass es einer Gesellschaft nur dann gut gehe, wenn zunächst die Wirtschaft ihre Profitsprüche geltend machen könne.

An diesen Punkten setzt die kritische Systemanalyse des Autorenteam unter dem Titel „Die Grenzen des Kapitalismus“ an. Allein der unterschiedliche thematische Zugang aus der Perspek-

tive eines Ökologen (Exner), eines Biologen (Lauk) und Wirtschaftswissenschaftlers (Kulterer) verspricht eine spannende Abhandlung der Problematik. Um es vorweg zu nehmen: Die Lektüre kann über weite Strecken dieser Erwartungshaltung gerecht werden.

Inhaltlich lässt sich dabei folgende Aufbaustruktur erkennen: Eingangs erfolgt die Darstellung der gegenwärtig schmerzhaft spürbaren Wirtschaftskrise sowie das bekannte, aber offensichtlich verdrängte Paradoxon von ausgesprochen reichen Gesellschaften, gemessen am Pro-Kopf-Geldvermögen, und der wachsenden Armut bzw. Armutsbedrohung in ebendiesen Sozietäten. In dem Zusammenhang steht die Ausgangsthese, dass ein System des grenzenlosen Wachstums mehr Probleme schafft, als dieses zu lösen imstande ist.

Der erste große Inhaltsabschnitt ist einer fundamentalen Kritik der Wachstumsdoktrin gewidmet. Am Beispiel der einstigen industriellen Vorzeigemetropole Detroit – der Inbegriff des American Way of Life – wird verdeutlicht, welches materielles, vor allem aber soziales Trümmerfeld der kapitalistischen Wirtschafts- und Lebensweise geschuldet ist. Dass die geplatze Immobilienspekulationsblase eine Finanzkrise und diese wiederum einen Einbruch der Realwirtschaft nach sich zog, ist mittlerweile evident. Den freien Fall der Volkswirtschaften begleiten Rohstoffverknappung und Klimawandel. Dabei, so betonen die Autoren, müsse berücksichtigt werden, dass der Höhepunkt der möglichen Förderkapazitäten an fossilen Brennstoffen längst überschritten sei. Fortgesetzte Preissteigerungen, die das sozioökonomische Gefüge destabilisieren, sind die unausweichliche Konsequenz. Propagierte Auswegstrategien wie Atomenergie, Agrotreibstoffe oder Rohstoffwiederverwertung erweisen sich als verhängnisvolle Sackgassen.

Ein zweites Großkapitel rechnet auf sachliche, d.h. faktengestützte und deshalb so beeindruckende Art und Weise mit den Heilsversprechen der Energieeffizienz und erneuerbaren Energie ab. Weder können Wärmedämmung, Motoreffizienz noch die forcierte Dienstleistungsgesellschaft, selbst bei Heranziehung aller derzeit möglicher erneuerbarer Energieträger, den gewünschten Übergang in einen „grünen Kapitalismus“ ermög-

lichen. Das Bekenntnis zur Profitmaximierung bringe entweder durch problematische ökologische Begleiterscheinungen oder begrenzte technologische Kapazitäten jedwedes Ausstiegszenario von vornherein zu Fall. Selbst die bekannten englischen und deutschen Rechenmodelle einer theoretischen Energieautarkie scheitern letztlich an der Wachstumsdoktrin und damit am Unvermögen, Lebensweisen drastisch umzustellen oder den Energieverbrauch zu reduzieren. Wenn die industrialisierte Landwirtschaft in den USA zehnmal mehr Energie verbraucht als sie liefert, spricht das wohl eine mehr als deutliche Sprache.

In einem Folgekapitel zerstreuen die Autoren kompetent die Illusion, die in Geld gemessene Wirtschaftsleistung, also das BIP, könne eine Aussage darüber treffen, inwieweit die in Geld umgewandelten Produktionsfaktoren auch ein Wohlbefinden der Wirtschaftsteilnehmer garantieren. Dabei wird das BIP als geistiges Produkt des 2. Weltkriegs erkannt, was die fortgesetzte kriegswirtschaftliche Ausrichtung der kapitalistischen Wirtschaftsweise und die daraus resultierende Politik erklärbar macht.

Daran knüpft sich folgerichtig ein großer Inhaltsabschnitt, der zu verstehen gibt, dass das Geldsystem als solches zur eigentlichen Triebfeder des Wachstums wird. Die Geldvermehrungsabsicht und der damit einhergehende Konkurrenzdruck würden Warenmärkte steuern und jede ökonomische Überlegung einem Rentabilitätsdiktat ohne Rücksicht auf wirtschaftliche und soziale Qualitätsmerkmale unterwerfen. Der Kredit als Geldschöpfungsapparat evoziert durch den mehrfachen Geldverleih über Sichtguthaben mittels Buchungen eine ins Endlose zielende Geld- und damit Realwirtschaft.

Die Verfasser unterstreichen die ihnen wichtige Annahme, dass Wachstum keinesfalls als Idee, sondern ausschließlich als Symptom eines Übels der besonderen Art auszumachen sei, nämlich der Etablierung der Nationalstaaten. Wachstum sei erst dort möglich, wo Überschüsse produziert würden, und diese erzwingt der Staat. Das Geld ist sein Disziplinierungselement. In einem weiten historischen Betrachtungsbogen, der sich von der gewaltsamen Europäisierung der Welt bis hin zu den Weltkriegern des 20. und den Ressourcen-

kriegen des 21. Jahrhunderts spannt, versuchen sie diese These zu erhärten. Parallel zur Globalisierung werde eine gesellschaftliche Innenkolonisation erkennbar, die in der Degradierung der Arbeiterklasse zu Konsumaktionären Gestalt angenommen habe. Die Erfindung der Fließbandarbeit kombiniert mit der „Schlüsselware des Konsumismus“, dem Auto, materialisiere gleichsam die Leitwerte des Kapitalwachstums, nämlich Geschwindigkeit, Beschleunigung, Leistung, und werde so endgültig zum Spiegelbild dessen, was als idealisiertes Leitbild der Arbeitsgesellschaft zu gelten habe.

Aber auch von den natürlichen Grenzen des Wachstums wissen die Autoren zu berichten. Begleitet von der Privatisierung der Infrastruktur, der brutalen Reichtumsumverteilung sowohl innerhalb der Gesellschaften als auch zwischen den Kontinenten, den sinkenden Reallöhnen und vom Raub der letzten Gemeingüter, hat die Abwärts spirale bereits deutlich eingesetzt. Wenn daher der Krieg wiederum als forcierte Option zu Tage tritt, so deshalb, weil die globalen Großmächte – allen voran die USA – den drohenden Abstieg zu verhindern suchen. Die dabei immer häufiger zu Tage tretenden militärischen Debakel kaschierten die Amerikaner bislang mit finanzpolitischen Maßnahmen. Diese traten z.B. in der Hochzinspolitik der 1980er Jahre hervor, was die Schuldenkrise der Dritten Welt verstärkte und der Neokolonialisierung Tür und Tor öffnete, insbesondere aber in der Etablierung des IWF und der Weltbank als global agierende Lenkungs- und Manipulationsinstrumente. Die Rechnung ging insofern auf, als der rege Zufluss ausländischen Geldkapitals die stetig forcierten Ausgaben stützte, schließlich aber die USA zum größten Schuldner der globalen Wirtschaft machte. Unabsehbar auch hier die Folgen, sollte die Kreditwürdigkeit Nordamerikas endgültig verspielt sein.

Nach dieser umfassenden Darstellung des tristen Ist-Zustandes widmen sich die Autoren den Auswegstrategien. Diese fordern eine restlose Beseitigung der kapitalistischen Wachstumsdoktrin und aller ihr artverwandten marktwirtschaftlichen Strukturen. An deren Stelle soll eine „solidarische Ökonomie“ treten, in der vernetzte Betriebe eine gegenseitige Bereitstellung von

Gütern und Dienstleistungen ohne Geld und Verrechnung organisieren. Der Aufbau von übergreifenden Koordinationsstrukturen auf der Basis von Genossenschaften mit Dachverbänden zielt auf die Schaffung einer „mikroelektronischen Naturalwirtschaft“ ab, „die moderne Technik nutzt, während sie Geldbeziehungen und den Warenaustausch überwindet“ (S.173). Denn „Markt und Kapital“, so lautet die Begründung, „brauchen uns; aber wir brauchen weder den Markt noch das Kapital“ (S.179).

Aus dieser Sicht wird klar, dass auch Übergangsformen wie z.B. Komplementärwährungssysteme strikt abgelehnt werden. Als Beweis für das vorprogrammierte Scheitern dieses reformökonomischen Ansatzes gilt den Autoren das Versagen der argentinischen „Red Global-Währung“ zu Beginn der 2000er Jahre. Hingegen weisen sie der Erfindung und vor allem der Verbreitungsart des Linux-Computerprogramms eine echte Vorbildwirkung zu, weil damit die Gangbarkeit einer Überwindung der konventionellen Wachstumsökonomie bei gleichzeitiger Aushebelung des staatlichen Machtmonopols gezeigt worden sei. Als weitere Orientierungsmodelle dienen einerseits die mittelalterlichen Bedarfdeckungskorporationen sowie andererseits die Kibbuz-Gemeinschaften der 1960er Jahre. Am deutlichsten sehen die Autoren ihre Vorstellungen von einer Solidarökonomie in dem Buch „Subcoma“ von P.M. widergespiegelt, dessen Gesellschaftsmodell vom Motto „Teilen statt Besitzen; Nutzen statt Kaufen“ getragen wird. Leidenschaftlich plädieren sie für vernetzte Genossenschaftsbetriebe, losgelöst von Geldzwängen, für Gratisräume zwecks sozialer Aktivitäten, für unabhängige Medien, kollektive Wohnformen und Gemeinschaftsgärten.

Alles in allem liegt mit dem Buch „Die Grenzen des Kapitalismus“ eine bemerkenswerte Abhandlung vor, die ihre stärksten Momente in der Entlarvung der als Heilsversprechen getarnten, letztlich alles Leben vernichtenden Wachstumsdoktrin des Kapitalismus hat. Ob einer Gesellschaft tatsächlich der nahtlose Übergang in die skizzierte geldlose Wirtschaftsordnung gelingen kann, sei dahingestellt. Möglicherweise aber bleibt diese Lebensform unter den Zwängen der

Gegebenheiten tatsächlich als letzter Ausweg über.

Christof Karner

■ Werner Rügemer Privatisierung in Deutschland – Eine Bilanz

Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot, 4. überarbeitete und erweiterte Auflage, 2008. 239 Seiten.

■ Werner Rügemer Cross Border Leasing – Ein Lehrstück zur globalen Enteignung der Städte

Münster: Westfälisches Dampfboot, 2. aktualisierte Auflage 2005. 201 Seiten.

■ Werner Rügemer „Heuschrecken“ im öffentlichen Raum Public Private Partnership – Anatomie eines globalen Finanzinstruments

Bielefeld: Transcript Verlag, 2008. 169 Seiten

Die drei Buchveröffentlichungen des Autors beleuchten im Kern alle das gleiche Thema: die Methoden, mit denen es gelingt, den Bürgern demokratisch regierter Staaten ohne deren lautstarke und wirkungsvollen Protest allmählich das Fell über die Ohren zu ziehen. Es geht um die Verschleuderung öffentlichen „Tafelsilbers“ mit der Begründung, Unternehmen könnten besser wirtschaften als der Staat; um Gewinngarantien an private Investoren, die das Leisten von öffentlichen Diensten übernehmen; schließlich um hochkomplexe Verträge, die insbesondere den Kommunen für einen sog. „Barwertvorteil“ die Verfügung über Infrastruktureinrichtungen langfristig entziehen. Erschreckend daran ist, wie lautlos einerseits diese „globale Enteignung der Städte“ geschieht, in welchem Maße sie bereits Tatsache ist und wie ungeniert andererseits der Bürgerprotest, so er sich denn regt, nicht beachtet wird.

Die neueste Auflage der „Privatisierung in Deutschland“ berücksichtigt die wichtigsten Veränderungen auf diesem Gebiet der sich weiter entwickelnden neoliberalen ‚Globalisierung‘ und ihre „Kollateralschäden und langfristigen Folgen (Qualitätsmängel, Steuerverluste und verdeckte Gewinngarantien des Staates, Forderungsverkauf, Absinken der volkswirtschaftlichen Lohnsumme, Anstieg der Arbeitslosigkeit, Autokratisierung von Verwaltung und Parlamentarismus, Beraterherr-

schaft, Angstregime, Geheimniskrämerei, mediale Verblödung, ...) [Sie] sind ungleich komplexer und gemeinschaftsschädlicher als die beschönigende öffentliche Präsentation der Befürworter suggeriert.“ (Privatisierung, S.11)

Bereits in der ersten Auflage tritt das Stichwort „Staatsüberschuldung“ als eigene Überschrift auf. Dieser „Sachzwang“ zieht sich wie ein verdeckter roter Faden durch alle drei besprochenen Bücher. „Auch und gerade die ‚reichsten‘ Staaten können ihre Schulden nach der eingeschlagenen Logik nie mehr regulär zurückzahlen. ... [Sie] nehmen neue Kredite auf, um alte Kredite abzubezahlen.“ (Privatisierung, S.16) „Mithilfe von Public Private Partnership, abgekürzt PPP, könne die ‚öffentliche Hand‘ trotz leerer Kassen wieder investieren und den schon lange bestehenden Investitionsstau in der öffentlichen Infrastruktur auflösen und damit ‚die Zukunft sichern!‘“ (Heuschrecken, S.10) „Einen solchen Vertrag zu unterzeichnen, der angeblich ‚nur auf dem Papier steht‘ und eine leichte, schnelle Linderung für die überschuldeten öffentlichen Haushalte verspricht, gilt als clevere und schon routinemäßige Ausnutzung eines ‚legalen Steuertricks!‘“ (Cross Border Leasing, S.10)

Eine weitere grundlegende Gemeinsamkeit, die Rügerner in den drei Büchern aus unterschiedlicher Perspektive darstellt, ist die überwiegende Bereitschaft der gewählten Volksvertreter, solche Verträge abzuschließen, die von den zuständigen Kontrollorganen gerügt werden, ohne dass dies Konsequenzen für die Vorteilsnehmer nach sich zieht: „Der sächsische Rechnungshof stellte fest, dass ‚für den Freistaat nachteilige Mietverträge abgeschlossen und dabei gegen Haushaltsrecht verstoßen‘ wurde. ... Bürger und Abgeordnete stellten Strafanzeigen. Landeskriminalamt und Staatsanwaltschaft führten Ermittlungen. ... Das gemäßigte Aufbäumen der Zivilgesellschaft und des Rechtsstaats blieb ohne Erfolg.“ (Privatisierung, S.54)

„Die Präsidenten der Landesrechnungshöfe haben nach detaillierter Prüfung ausgewählter Projekte festgestellt, dass die versprochenen Vorteile für den Staat nicht realisiert wurden. Sie stellen zudem fest: ‚Bei PPP-Projekten treten andere laufende Ausgaben an die Stelle von

Zins- und Tilgungslasten und belasten künftige Haushalte in gleicher oder ähnlicher Weise.‘ ... Doch diese Analyse, so gemäßigt sie ist, wird von der Lobby weggewischt. Auseinandersetzung gibt es nicht. Totschweigen heißt die Methode.“ (Heuschrecken, S.158) „In der Leasingbranche ist man sich hinter vorgehaltener Hand einig, dass sich aufgrund des Aufwandes in der Betreuung eines Vertrages und eines Barwertvorteils von nur 4 bis 5 Prozent die Sache für die Städte eigentlich nicht lohnt.“ (Cross Border Leasing, S.36) „Die sich so kompetent und informiert gebende Wirtschaftspresse ... berichtet nun über Gefahren, die aus dem bisher so heiteren Himmel plötzlich herabstürzen: ‚Hohe Finanzrisiken für deutsche Kommunen‘ heißt es jetzt.“ (Cross Border Leasing, S.162) „Ein solcher ‚Exit mit Schadenersatz‘ kann die Stadt im ... schlechtesten Fall ein Mehrfaches des anfänglichen Barwertvorteils kosten.“ (Cross Border Leasing, S.164)

Ein drittes durchgängiges Merkmal ist die Geheimhaltung verbunden mit Rechtsbrüchen: „Dennoch können die Prüfungsämter prüfen ... Dann fehlen allerdings wichtige Unterlagen, weil die Unterlagen der privatrechtlichen Seite nicht eingesehen werden dürfen. Dennoch kommen Prüfungsämter selbst unter diesen massiven Einschränkungen häufig zu ‚erschreckenden Ergebnissen!‘“ (Privatisierung, S. 217) „Die Privatunternehmen und ihre Berater gehen tendenziell einen Schritt über das (bisher) Zulässige hinaus. ... Gerade rechtskundige Berater trauen sich die meisten Rechtsbrüche zu. Wenn die erste Regelverletzung durchgegangen ist, resultiert daraus die zweite und wird dann leicht ... zum Rechtsprodukt, das weiteren Kunden angeboten wird.“ (Privatisierung, S. 220) „Die Geheimhaltungspflicht der Minister, Kämmerer, Oberbürgermeister und Landräte, also der eigentlich ‚Verantwortlichen‘, die die Verträge für die öffentliche Seite unterschreiben, besteht nicht nur gegenüber der Öffentlichkeit, sondern auch gegenüber den gewählten Abgeordneten.“ (Heuschrecken, S. 153) „Die Übermacht der Privatinteressen erleichtert die Tendenz zum Rechtsbruch. Vorschriften zur öffentlichen Ausschreibung werden häufig nicht eingehalten. ... Berater begründen in umfangreichen Gutachten, dass die Vergabevorschriften auch so

interpretiert werden könnten, dass nicht öffentlich ausgeschrieben werden muss, ..." (Heuschrecken, S. 156) „Cross Border Leases sind mit zahlreichen Rechtsbrüchen verbunden. Die Akteure sind sich dessen bewusst.“ (Cross Border Leasing, S. 75) „Seit etwa 1994 müssen die Kunden, z.B. auch deutsche Oberbürgermeister, bei steuergetriebenen Vereinbarungen ... verbindliche Versicherungen über Vertraulichkeit und über die Nichtveröffentlichung der Verträge und Vertragsinhalte ... unterschreiben.“ (Cross Border Leasing, S.143)

Warum tun sie das? Diese Frage drängt sich auf. Indirekt weist der Autor darauf hin: „Es gab noch nie ... so viel ‚Geld‘, d. h. Kapital, das für Investitionen verfügbar ist bzw. verfügbar sein könnte ... Billionen ... sollen ... so profitabel wie möglich investiert werden. Schon ein Teil dieser Gelder würde reichen, um Millionen von Arbeitsplätzen zu schaffen. Aber die ... erzielbaren Renditen erscheinen zu gering.“ (Privatisierung, S.225) „Warum ist ein Unternehmen der öffentlichen Infrastruktur so interessant? ‚Weil es ... stabile und nachhaltige Erträge über einen langen Zeithorizont erwirtschaftet‘, sagt [der Chef einer beteiligten Bank].“ (Heuschrecken, S. 47) „PPP-Projekte werden rechtlich und finanziell so konstruiert, dass sie zugleich als Steuersparmodelle funktionieren.“ (Heuschrecken, S. 148) „Die Möglichkeiten der Geldwäsche, die für die Bank ... bedeuten, dass Geld für Darlehen billiger beschafft werden kann als sonst, sind ... [in den Finanzoasen größer].“ (Cross Border Leasing, S.49)

Das zuletzt genannte der drei Bücher, Cross Border Leasing, zeigt indirekt auch einen resultierenden Effekt zur weiteren rücksichtslosen Auspowerung der natürlichen Lebensgrundlagen: Die langfristigen Verträge z.B. über Kläranlagen verhindern den Rückbau oder technologische Erneuerung, da die Nichtveränderung der Vermögenswerte langfristig festgeschrieben ist. Die erschreckende Bilanz dieser drei Bücher macht deutlich: Das stetige Wachstum der Geldvermögen, nur geringfügig gebremst durch verschiedene Finanzkrisen der letzten Jahrzehnte, erzeugt einen Druck zur rentablen Wiederanlage, der in der „Realwirtschaft“ nicht mehr aufge-

fangen werden kann. Die Folge sind zerstörerische Sumpflüthen wie Steuersparmodelle weltweit, vertraglich abgesicherte Gewinn garantien zulasten des im Übrigen der Ineffizienz gescholtenen Staates sowie eine schleichende Aushebelung der Demokratie. Werner Rügemers Bücher fordern dazu auf, sich selbst eingehend mit den wirtschaftlichen Hintergründen und Mechanismen vertraut zu machen.

Alwine Schreiber-Martens

■ Ralf Zerback Robert Blum – Eine Biografie

Leipzig: Lehmann Verlag, 2007. 360 Seiten.

Die Anfänge der Demokratie in Deutschland sind sehr eng mit dem Namen Robert Blum (1807–1848) verbunden. In seinem Leben spiegeln sich die Hoffnungen der Generation des Vormärz auf eine Verwirklichung von Recht, Gerechtigkeit und Freiheit in einem geeinten demokratischen Deutschland und sein gewaltsamer Tod besiegelte das Scheitern des ersten deutschen Anlaufs zur Demokratie. Die Erinnerung an Robert Blum als den „populärsten Politiker der 48er Revolution“ (S. 5) wach zu halten, ist deshalb ein Kernstück demokratischer Kultur und Ralf Zerbacks Darstellung seiner Lebensgeschichte ist hierzu ein wertvoller Beitrag. Anhand neu erschlossener Quellen zeichnet Zerback den Weg Robert Blums von seiner in Armut und Not verbrachten Kölner Jugend über seine Handwerksausbildung, seine Tätigkeiten als Theatermann und Schriftsteller in Leipzig sowie als Politiker und Verleger nach und vermittelt dabei zugleich eine sehr lebendige Vorstellung von der Geschichte des 19. Jahrhunderts.

Begeistert von den Idealen der französischen Revolutionen von 1789 und vom Juli 1830 ebenso wie von Schillers Freiheitsdramen glaubte Robert Blum daran, dass die Menschen dank des industriellen Fortschritts in nachfeudalen demokratischen Republiken glücklich werden und sich ‚veredeln‘ können. Bei allem Eintreten für die politische Einheit der Deutschen – deren Ausgestaltung sich Blum föderativ statt zentralistisch vorstellte – blieb er ein für die Verständigung zwischen den Völkern kämpfender Kosmopolit.

Obwohl Blum in seinem Privatleben schwere Schicksalsschläge zu verkraften hatte, wirkte er als ein „wandelndes Kraftwerk“ (S. 73), das im Geiste von Heinrich Heine, Ludwig Börne und Georg Büchner auf dem Hambacher Fest (1832), im Hallgarten-Kreis und andernorts als Redner, Journalist und Dichter für die Aufbruchsbewegung des „Jungen Deutschland“ kämpfte. Sein „Volkstaschenbuch“ nannte er „Vorwärts“ und war damit der erste, der mit diesem später von der Sozialdemokratie übernommenen Titel seine Hoffnungen auf demokratische und soziale Fortschritte zum Ausdruck brachte. (S. 143)

Mit dem vielfach von ihm verwendeten Begriff „Volk“ wollte Blum keineswegs eine nationalistische Haltung ausdrücken, sondern seine Distanz sowohl zur ständisch gegliederten Herrschaft von Adel und Klerus als auch zu neuen Privilegien von Teilen des Bürgertums: Der Staat sei „keine Aktiengesellschaft, bei welcher der Vermögendere mehr beteiligt sei als der Arme“. Im Gegenteil – die „tyrannische Herrschaft des Kapitals über die Arbeitskraft“ müsse überwunden werden. Ganz im Einklang mit dem Ziel der Französischen Revolution, die hierarchisch gegliederte Ständegesellschaft in einen homogenen „Dritten Stand“ (Abbé Sieyès) übergehen zu lassen, erhob Blum die Forderung, dass die Arbeiterschaft „nicht nur Arbeit und Verdienst“ im Sinne einer abhängigen Lohnarbeit erhalten sollte, sondern auch „Recht und Gerechtigkeit, Emancipation vom Capitale, Zurückerstattung der verlorenen Menschenwürde, Selbstständigkeit, Unabhängigkeit und freie Schaltung mit seiner Kraft und seinem Talente“. Robert Blum erkannte frühzeitig die Gefahr, dass sich anstelle einer egalitären Bürgergesellschaft mit einem auch in ökonomischer Hinsicht einheitlichen Dritten Stand eine neue Form einer hierarchisch geschichteten (Klassen-)Gesellschaft herausbilden könnte, in der sich das Großbürgertum mit Adel und Klerus verbindet und eine neue Herrschaft über das aufkommende Industrieproletariat aufrichtet. Der demokratische Rechtsstaat müsse ihm zufolge deshalb dafür sorgen, dass „nicht unnatürlich Ungleichheit geschaffen und erhalten wird. Die Gleichheit vor dem Gesetz ist zwar Grundsatz in den meisten Staaten, aber tatsächlich ist sie

für den Armen nicht vorhanden. ... Gleichheit der Erziehung, Gleichheit des Rechts, Gleichheit der Pflichten, Gleichheit der Behandlung aller ist die große Aufgabe, welche die Zukunft zu lösen hat.“ (S. 100-104)

Kritisch verweist Zerback darauf, dass Robert Blum Pragmatiker und kein Utopist gewesen sei und dass er zwar „freundliche Züge des Sozialstaats“ vorweggenommen, aber doch einen deutlichen „Abstand zu radikal-sozialistischen Vorstellungen“ von Marx & Engels eingehalten habe. (S. 203) Im historischen Rückblick mag aber die Frage erlaubt sein, ob denn Marx, Engels und ihre NachfolgerInnen die „große Aufgabe“ wirklich besser gelöst haben als Blum. Haben nicht deren Kritik an der bürgerlichen Klassengesellschaft und ihr Gegenentwurf einer vom proletarischen Staat herbeizuführenden klassenlosen Gesellschaft die Suche nach einer Lösung der sozialen Frage auf einen Weg abgedrängt, auf dem das Ideal einer aus einem einheitlichen Dritten Stand bestehenden freiheitlichen, gerechten und demokratischen Gesellschaft ganz aus dem Blickfeld geriet?

Dass die von Robert Blum aufgeworfene „große Aufgabe“ – die Verwirklichung ökonomisch-sozialer Gleichheit aller BürgerInnen als Voraussetzung für eine nicht von Machtinteressen deformierte Demokratie – 1848 ungelöst blieb, trug wesentlich zum Scheitern der damaligen Revolution bei. Als konservative Monarchisten, gemäßigte Liberale und radikale Republikaner in der Frankfurter Paulskirche miteinander um den Einfluss der Länder und um die Neuordnung eines demokratisch geeinten Deutschlands rangen, ihre Kräfte spalteten und neue Koalitionen eingingen, stand Blum sowohl zwischen den Gemäßigten und Radikalen als auch zwischen dem Parlament und dem Volk. Angesichts des sich verstärkenden Einflusses der alten Mächte wurde ihm im Laufe des Jahres 1848 immer deutlicher, dass eine Republik nur noch mit Gewalt zu erreichen sein würde. So ließ sich Blum schließlich auf die Hoffnung auf einen Krieg als „notwendiges Übel“ ein. (S. 230 und 251) Als er im Oktober 1848 erfuhr, dass sich in Wien Freiheitskämpfer gegen kaiserliche Truppen erhoben, eilte er dorthin, um als Hauptmann von Aufstän-

dischen der Revolution zum Durchbruch zu verhelfen: „Wenn Wien nicht siegt, bleibt nur ein Schutt- und Leichenhaufen.“ (S. 269) Wien siegte jedoch nicht. Als habsburgische Truppen die Stadt eingenommen hatten, geriet Blum in Haft und wurde nach einem Standgerichtsurteil am 9. November 1848 in Wien hingerichtet.

Blums Hinweis auf die Notwendigkeit einer freiheitlichen Lösung der sozialen Frage und die Erfahrung, dass sie sich nicht mit den Mitteln der Gewalt herbeiführen lässt, könnten als sein eigentliches, über seinen Tod hinaus weisendes Vermächtnis angesehen werden, zumal auch die am 9. November 1918 ausgerufene demokratische Weimarer Republik am Fehlen eines ihr adäquaten ökonomischen Fundaments scheiterte und von menschenverachtenden Totalitarismen abgelöst wurde.

Auch danach ließ sich die „große Aufgabe“ in den westlich-kapitalistischen Marktwirtschaften noch nicht mit sozialpolitischen Korrekturen der ungerechten Primärverteilung von Einkommen und Vermögen lösen. So drohen der Demokratie trotz ihrer vorübergehenden Festigung in den Nachkriegsjahrzehnten gerade in der gegenwärtigen Zeit der Dominanz der internationalen Finanzmärkte über die Politik noch immer große Gefahren ihrer Aushöhlung durch wirtschaftliche Macht. Von daher sollte die Erinnerung an Robert Blum auch zu einem Impuls werden, das Leitbild einer nachkapitalistischen bürgerlichen Gesellschaft mit einem einheitlichen Dritten Stand aus Freien, Gleichen und Selbstständigen neu zu formulieren, auch wenn eine solche gewaltfreie Vollendung von Freiheit, Gerechtigkeit und Demokratie heute noch als eine schier unlösbare Herkules-Aufgabe erscheint.

Werner Onken

■ **Johann-Günther König**
Die Lobbyisten –
Wer regiert uns wirklich?

Düsseldorf: Patmos Verlag, 2007. 320 Seiten.

■ **Sascha Adamek & Kim Otto**
Der gekaufte Staat – Wie Konzern-
vertreter in deutschen Ministerien
sich ihre Gesetze selbst schreiben

Köln: Verlag Kiepenheuer & Witsch, 3. Auflage 2008. 232 Seiten.

„Wer regiert uns wirklich?“ lautet die um die Demokratie besorgte Frage des Bremer Sozialwissenschaftlers und Autors Johann-Günther König, der sich in seinen früheren Veröffentlichungen aus gewerkschaftlicher Perspektive mit den Börsen und mit der Kriminalität auf den Finanzmärkten beschäftigt und dabei auch die Kritik von Bernard Lietaer am Geldwesen aufgegriffen hat. Werden wir in den westlichen Demokratien wirklich (noch) von gewählten Volksvertretern regiert, die dem Gemeinwohl der ‚mündigen BürgerInnen‘ verpflichtet sind?

Einzelne Parteispenden- und Korruptionsskandale boten in der Vergangenheit Anlässe für Zweifel, die sich meistens schnell wieder legten, sobald solche Skandale aufflogen und die Verantwortlichen mehr oder weniger zur Rechenschaft gezogen wurden. Danach schien die Welt wieder in Ordnung zu sein. Jedoch gibt es als alltäglichen Normalzustand weiterhin fließende Übergänge zwischen der Welten der Banken und Konzerne einerseits und der Politikberatung, des Lobbyings und der Korruption andererseits.

Dabei ist der Lobbyismus durchaus kein neues Phänomen. Kenntnisreich erläutert König die Anfänge in den ersten parlamentarischen Demokratien und die weitere Ausbreitung im deutschen Kaiserreich, in der Weimarer Republik, im NS-Staat und in den Zeiten der westdeutschen Sozialen Marktwirtschaft. (Kap.4–9) In den vergangenen drei Jahrzehnten des sog. Neoliberalismus hat das Bestreben der Mächtigen in der Wirtschaft, ihre Sonderinteressen mit Hilfe gut dotierter Lobbyisten gegenüber der Politik und der Verwaltung, den Parteien und dem öffentlichen Dienst durchzusetzen, freilich besonders stark zugenommen. „Lobbyisten sind eine systemimmanente Begleiterscheinung des wachstums- und pro-

fitgetriebenen kapitalistischen Wirtschaftssystems“, schreibt König und beklagt den „schleichenden Niedergang der demokratischen Kultur.“ In einem erschreckenden Ausmaß wird die Demokratie nicht nur durch einzelne spektakuläre Affären ausgehöhlt, sondern durch den dauerhaften und systematischen Einfluss von Lobbyisten auf die rechtsstaatlichen Gewalten und die Medien. Als verlängerte Arme wirtschaftlich mächtiger Banken und Konzerne sind über 6.000 Lobbyisten in Berlin tätig, d.h. im Durchschnitt wird jede/r Bundestagsabgeordnete von 10 Lobbyisten umlagert. Bei der EU in Brüssel sind 15.000 und in Washington 27.000 Lobbyisten tätig. (S. 15, 21, 26)

In einer Grauzone der Demokratie haben sich Netzwerke von Berufspolitikern, Beamten, Managern, Unternehmensberatern und Lobbyisten gebildet, die ihre informellen Beziehungen und Karrieren pflegen und die im Windschatten des Märchens von der ökonomischen Effizienz der Privatwirtschaft die Überschuldung der öffentlichen Haushalte als willkommenen Vorwand nutzen, um u.a. die (Teil-)Privatisierung von öffentlichen Unternehmen und Einrichtungen in Bereichen wie Bildung, Gesundheit, Kultur, Altersvorsorge, Verkehr, Energie und der Müllentsorgung zu forcieren. De facto liefern sie damit ehemals öffentliche Güter dem Streben des akkumulierten privaten Kapitals aus, alle Lebensbereiche in lukrative Anlagefelder zu verwandeln und sie durch Erzielung maximaler Renditen auszubeuten.

Zwar nennt König auch einige Lobbyisten beim Namen und verweist auf die zweifelhafte Rolle von Institutionen wie der Bertelsmann-Stiftung, die sog. Expertisen zur Verschlinkung und Entbürokratisierung des Staates gesponsert hat. Es geht ihm aber in keiner Weise darum, Personen an den Pranger zu stellen. Vielmehr sieht er sie in Anlehnung an Marx zutreffend als „Personifikationen ökonomischer Kategorien, deren Geschöpfe sie sozial bleiben“. (S.38) Außerdem verweist König auf die Gefahr einer Unterschätzung des Lobbyismus, weil auch Gewerkschaften, Menschenrechtsorganisationen und Umweltverbände wie amnesty international und Greenpeace Lobbyarbeit betreiben und der Lobbyismus dadurch als etwas ganz Normales erscheint. –

Was König ebenfalls thematisiert – dass während der letzten Jahre Firmenvertreter ungeniert in die Büros einzelner Bundesminister vordringen konnten (S. 32f) –, beleuchten die beiden Journalisten Sascha Adamek und Kim Otto noch detaillierter in ihrem Buch „Der gekaufte Staat“, das aus Recherchen für das ARD-Magazin „Monitor“ hervorgegangen ist. Ausgerechnet von der rot-grünen Bundesregierung unter Schröder, Fischer und Schily stammt das sog. „Personalaus-tauschprogramm“ mit dem viel sagenden Namen „Seitenwechsel“, mit dem mehr als 100 Vertreter von Konzernen als „bezahlte U-Boote“ mit ihren Schreibtischen in Bundesministerien einzogen und Gesetzentwürfe gemäß ihren Konzerninteressen vorformulierten, während „gerade mal 12 Beamte einen kurzen Bildungsausflug in die freie Wirtschaft absolvierten“. (S. 13, 15) So entstanden Gesetze wie die „Lex Fraport“, die es dem Frankfurter Flughafenbetreiber gestattet, sich selbst zu kontrollieren (S.21ff), oder der „Toll Collect“-Auftrag an Daimler-Chrysler. (S. 147ff) Auch bei der Legalisierung von Hedgefonds in Deutschland durch die rot-grüne Bundesregierung war diese besondere Spezies von Lobbyisten ‚behilflich‘. (S.83-100) „Auf Anfragen reagiert die Bundesregierung mit falschen oder unvollständigen Auskünften. Nur scheinbarweise kommt die Wahrheit ans Licht.“ (S.204) –

Gewiss ist es sehr verdienstvoll, die unerträgliche Einflussnahme von privatwirtschaftlicher Macht auf politische Entscheidungsprozesse aufdecken und das Engagement von Organisationen wie „LobbyControl“ oder „Transparency International“ für mehr Transparenz und Demokratie lobend hervorheben. Darüber hinaus wäre es allerdings auch notwendig, die strukturelle Macht des Geldes als tiefere Wurzel von Lobbyismus, Wirtschaftskriminalität und Korruption näher in Augenschein zu nehmen.

Wie lange noch – so wäre zu fragen – soll die Zerstörung der Demokratie durch die „Technodemokraten“ (König, S. 267f) so weiter gehen? Mahnend erinnert König an einen Satz des Wiener Dichters Franz Grillparzer nach der gescheiterten 1848er Revolution: „Der Weg unserer Bildung geht von Humanität über Nationalität zur Bestialität.“ Und er überträgt ihn auf unsere

Gegenwart: „Der Weg unserer Gesellschaft geht von Demokratie über Technokratie zur Apathie.“ (S. 272)

Wenn es nicht gelingt, diese Fehlentwicklung durch eine Rückbesinnung auf das Grundgesetz und die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte und im Sinne der Vorstellungen zum Beispiel von „Mehr Demokratie“ zu korrigieren, könnten bei sich weiter verschärfender Finanz- und Wirtschaftskrise die noch verbliebenen Reste der Demokratie eines Tages wieder ihren extremistischen Feinden in die Hände fallen.

Vor dem Hintergrund dieser Gefahr ist es sehr sinnvoll, dass König am Schluss seines Buches auch nach einem Beitrag der Gewerkschaften zur Erneuerung der Demokratie fragt. Angesichts ihres starken Mitgliederschwundes, der Veränderungen in der Arbeitswelt und der Entstehung einer Vielzahl von anderen sozialen und ökologischen Bewegungen stellt er ihre traditionelle Aufgabe als Interessenvertretung der Lohnabhängigen bzw. der ArbeitnehmerInnen im Konflikt zwischen Kapital und Arbeit in Frage, ohne bereits eine Richtung anzudeuten, in der sich die Gewerkschaften neu orientieren könnten. Wenn sie zu einem wirksamen Schutz von Arbeit und Demokratie beitragen wollen, werden sie nicht umhin kommen, ihren bisherigen, noch wesentlich von Marx mitgeprägten Blick auf den Gegensatz zwischen dem industriellen Kapital und der Arbeit zu erweitern. Gerade während der gegenwärtigen Krise auf den globalen Finanzmärkten wäre es an der Zeit, das Kapital nicht mehr wie im Band 1 von Marx' „Kapital“ primär als Realkapital zu sehen, sondern im Sinne von Band 3 sowie von Rosa Luxemburg und Rudolf Hilfering als „Finanzkapital“ bzw. als ein Konglomerat von hochgradig konzentriertem Finanz- und Realkapital. Von da aus wäre es dann kein allzu großer Schritt mehr zu den Denkansätzen der Geldkritik und Geldreform, mit denen sich der Konflikt zwischen Kapital und Arbeit entschärfen und neue dezentral-demokratische Unternehmensformen entwickelt werden könnten.

Werner Onken

■ Jürgen Wendler Wahrer Wohlstand – Wegmarken einer menschlichen und naturgerechten Wirtschaftsordnung

Berlin: Xenomoi Verlag, 2008. 171 Seiten.

Es fällt nicht leicht in diesen Tagen, ein ökonomiekritisches Buch zu rezensieren. Der Spannungsbogen zwischen beschworener Gefahr und einer davon scheinbar noch unberührten Wirklichkeit ist zusammengebrochen, Marktversagen und Regulierung sind plötzlich keine Reizthemen mehr, sondern werden eifertig von allen Seiten in den Mund genommen, als hätte es nie Sabine Christiansens Sonntagsrunden gegeben. Sicher sind auch hier – was man dem Verfasser nun keinesfalls anlasten soll, wurde das Buch doch schon vor den Oktobertagen geschrieben und verlegt – die Mahnungen vor einseitigem Wachstum zu finden ebenso wie die vor der wachsenden Kluft zwischen Arm und Reich. Aber schon die Schlussfolgerung Jürgen Wendlers, es gelte an der unbegrenzten Geld- und Vermögensmehrung als Wurzel allen Übels anzusetzen, wird zwar den meisten Lesern dieser Zeitschrift Bestätigung sein, dürfte aber bei den eilig einberufenen nationalen und globalen Rettungskonferenzen noch lange kein Tagesordnungspunkt werden.

Ein näherer Blick in den Inhalt macht dann aber wirklich Appetit auf Neues, Ungewohntes: Er beginnt mit einem Blick auf die Geschichte der Aufklärung, er stellt den allmächtigen Markt der Gesellschaft gegenüber, er sieht den Menschen als ein Wesen mit Eigensinn genauso wie mit Gemeinsinn und mit Gefühlen und kulminiert mit dem provozierenden Kapitel vom „Glück im Staate“. Wir lesen hiermit das Werk eines Philosophen und Historikers, der sich verwundert über die Lehren einer Nachbardisziplin zeigt, die sich ihm als ignorant gegenüber allen Erkenntnissen der Vernunft und den Fortschritten der Aufklärung darstellen. Aus dieser Sicht heraus und unter Rückblick auf John Locke und Francois Quesnay erklärt Wendler das Eigentum unter soziologischen Aspekten und schließt daraus auf die damit verbundene Verantwortung gegenüber anderen Mitgliedern der Gesellschaft, die direkt

und indirekt zu dem Eigentuserwerb beigetragen haben. Er trifft sich so nicht nur mit dem Grundgesetz, sondern berührt auch die Analysen des Ökonomen Jeremy Rifkin, der in „Access“ (in der deutschen Fassung völlig unzutreffend mit „Das Verschwinden des Eigentums“ übersetzt) die Verlagerung der ‚alten‘ Sachvermögen hin zu Vermögen als Netzwerken von Beziehungen und Rechten beschreibt, ebenso wie seine Sicht die in der Vergangenheit gern vergessene Tatsache ins Blickfeld rückt, dass ökonomisches Vermögen völlig abhängig ist von den Einschätzungen und Aktivitäten der übrigen Marktteilnehmer.

Die Leitlinie Jürgen Wendlers ist – wie auch im Untertitel ausgedrückt – die Menschlichkeit. Es ist wohltuend und hilfreich für die eigene Position in einer von ökonomischen Kalkülen bestimmten öffentlichen Diskussion, dass er die Maßstäbe wieder zurecht rückt und so etwa die Logik offen stellt, mit der die „Betriebswirtschaft“ (er sollte besser von der Ökonomie sprechen) ein Leben erzwingt, das die Mehrheit der Menschen gar nicht haben will, und einen Staat zu einer Interessensvertretung weniger pervertiert, statt nach dem dargelegten Verständnis der Staatsphilosophen dem Glücke aller zu dienen. Wenn eingangs die Frage gestellt wurde, ob es überhaupt noch ökonomiekritischer Schriften bedürfe, so lässt sich zu der vorliegenden sagen, dass sie den Blick weitet von den aktuell erkannten Symptomen hin zu den Ursachen, die tiefer liegen als nur in einem überdrehten Finanzzirkus – nämlich in der Vorrangstellung von allem Ökonomischen. Angeregt durch diese hintergründigen und seitwärtigen Betrachtungen mag man sich zum Schluss allenfalls noch eine philosophische, historische oder psychologische Erklärung gewünscht haben, weshalb zwar immer weniger Menschen mit dem Ergebnis glücklich sind, der dahinter steckende Ansatz, das Kosten-Nutzen-Denken, aber doch weitgehend akzeptiert wird.

Arno Gahrman

■ **Oliver Arndt**
Malediven - Geographie eines Inselstaates

Münster: Lit-Verlag. Münster, 2006. 190 Seiten.
 (Reihe Geosystemanalysen Band 3)

Das vorliegende Buch von Oliver Arndt, das den 3. Band der Reihe „Geosystemanalysen“ darstellt, ist kein romantisierender Reiseroman. Vielmehr ist dieses Buch eine gründlich recherchierte, kritische und mit zahlreichen illustrativen Abbildungen versehene geographische Analyse des Inselstaates Malediven. Das „Südseeparadies“ der Malediven befindet sich derzeit in außerordentlicher Gefahr. Denn die Fakten, die Arndt in seinem sehr gut lesbaren Buch zusammenstellt, sind alarmierend. Die Entwicklung der Malediven ist alles andere als nachhaltig und geosystemgerecht (S. 70 ff): Zunahme der Bevölkerung und hohe Bevölkerungsdichte, illegale Müllentsorgung im Meer, Anstieg des Meeresspiegels, Zunahme des individualisierten Straßenverkehrs, weitgehende Unkenntnis über Empfängnisverhütung, eine zersplitterte Landfläche, ein eklatanter Mangel an Rohstoffen sowie die Überfischung der Meere.

Zwar weisen die Malediven dank des Tourismus mit einem BIP von 640 Mio. US\$ die höchste Wirtschaftskraft Südostasiens auf (S. 135). Dennoch hat nur ein Bruchteil der Bevölkerung Teilhabe an der stetig steigenden Wirtschaftskraft. Tourismus taugt als Nachhaltigkeitsstrategie wenig, da die mit dem Besucherstrom verbundenen Abwasser- und Abfallprobleme von der Regierung nur halbherzig gelöst werden (S. 147 ff.). Die Einkommensentwicklung im Land driftet immer weiter auseinander, und der Zugang zu den Bildungschancen ist für Frauen und Männer ungleich verteilt (S.142). Der „Landhunger“ manifestiert sich in der Aufschüttung künstlicher Gebiete im Meer („Hulhumale-Projekt“), die einen enormen Energiebedarf haben und der Urbanisierung Vorschub leisten. Im Jahr 2020 soll nach dem Willen der Regierung die Hälfte der Bevölkerung in der Hauptstadt Malé leben (S. 95 ff.).

Arndt verdeutlicht, dass die Entwicklung der Malediven nicht ohne durchgreifende Reformen auf sämtlichen staatlichen Ebenen erreichbar ist (S. 153 ff.). Er empfiehlt die Stärkung von Demokratie und Bürgerbeteiligung, die Zurückführung der Geburtenrate durch eine „Ein-Kind-Politik“, eine rezyklierende Abfallwirtschaft nebst Abfallentsorgung auf ausgewählten „Deponieinseln“

(S. 168), die verbesserte Nutzung alternativer Energiequellen (S. 169) sowie die Ausweisung einiger Atolle als Naturdenkmal-Schutzgebiete (S. 170).

Der Autor spricht sich dafür aus, sämtliche Grundflächen und Rohstoffquellen der Malediven in staatlichem Eigentum zu belassen und nur über Pachtverträge zur Nutzung an die Meistbietenden zu vergeben. Arndt fordert die Regierung der Malediven auf, von ihr begonnene erste Schritte zur Privatisierung einiger Grundstücke zurückzunehmen und zum vorherigen Pachtssystem zurückzukehren. Von einer vollständigen Privatisierung von Urlaubsinseln zu Gunsten ausländischer Investoren rät Arndt daher auch ab und vermutet, nach der Privatisierung der Inseln würden diese durch die Investoren durch ein gesetzeswidriges Verhalten in ihrem Sinne „überplant“ werden (S. 164).

Ein gerechtes Geldsystem zur Stärkung der Wirtschaftskraft (S. 155 ff.) beinhaltet für Arndt die Schaffung eines neuen Geldrechts auf den Malediven. Das Geldrecht müsste die Umlaufsicherung des Zahlungsmittels gewährleisten, die große Abhängigkeit von Investoren sowie die Kopplung der einheimischen Währung an den US-Dollar minimieren. Die Maldives Monetary Authority seien in die Lage zu versetzen, durch die Einführung einer Geldnutzungsgebühr einen ständigen Anreiz dafür zu schaffen, dass Geld in den Wirtschaftskreislauf investiert wird (S. 157 f.). Das vorliegende Buch leistet einen wertvollen und lesenswerten Beitrag zur Nachhaltigkeitdiskussion aus sozialökonomischer und geosystematischer Sicht. *Fabian Thiel*

■ Aufsätze über die Problematik der Liquiditätsfalle und über die Geldpolitik an der Nullschranke nominaler Zinsen in referierten Fachjournals

Marvin Goodfriend

Overcoming the Zero Bound on Interest Rate Policy,

in: Journal of Money, Credit, and Banking Vol. 32(4)/2000, S. 1007-1035.

<http://ideas.repec.org/a/mcb/jmoncb/v32y2000i4p1007-35.html>

Willem Buiter und Nikolaos Panigirtzoglou **Overcoming the Zero Bound on Nominal Interest Rates with Negative Interest on Currency – Gesell's Solution**

in: Economic Journal, Vol. 113, Issue 490, October 2003, S. 723-746.

<http://www.nber.org/~wbuiter/liqnew.pdf>

Mitsuhiro Fukao

The Effects of 'Gesell' (Currency) Taxes in Promoting Japan's Economic Recovery

Tokyo: Institute of Economic Research of the Hitotsubashi University, Discussion Paper Series No.94 / June 2005

<http://hi-stat.ier.hit-u.ac.jp/>

Willem Buiter

Overcoming the Zero Bound: Gesell vs. Eisler Discussion of Mitsuhiro Fukao's "The Effects of 'Gesell' (Currency) Taxes in Promoting Japan's Economic Recovery" -

<http://www.nber.org/~wbuiter/index>

VERANSTALTUNGEN

■ Klimapolitik – Ein neuer Ansatz ist notwendig!

2. und 3. Mai 2009 in Boll

Tagung des Seminars für freiheitliche Ordnung mit Beiträgen von Prof. Dr. Dirk Löhr (FH Trier), Dr. Georg Maue (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit Berlin), Sonja Köke (Göttingen) u.a.

■ Wettbewerb in der Wirtschaft

11. und 12. Juni 2009 in Boll

■ Auswege aus der Depression

11. und 12. Juli 2009 in Boll

Nähere Auskünfte und Anmeldung:

Sekretariat des Seminars, Badstr. 35, 73087 Boll

Fon: 07164 – 35 73 | Fax: 07164 – 70 34

eMail: info@sffo.de | Internet: www.sffo.de

■ Ringvorlesung zur Postwachstumsökonomie

an der Carl von Ossietzky-Universität Oldenburg mit Beiträgen von Prof. Dr. Reinhard Schulz (Oldenburg), Prof. em. Dr. Harald Spehl (Mainz), Dr. Ben Khumalo-Seegelken (Oldenburg), Prof. em. Dr. Gerhard Scherhorn (Mannheim), Prof. em. Dr. Bernd Senf (Berlin) und Prof. Dr. Veronika Bennholdt/Thomsen (Bielefeld/Wien). **Nähere Informationen:** www.postwachstumsoekonomie.org

DIE MITWIRKENDEN DIESES HEFTS

Dipl.-Kfm. Thomas Betz
Paul-Lincke-Ufer 4, 10999 Berlin

Prof. Dr. Christoph Deutschmann
c/o Institut für Soziologie
Wilhelmstr. 36, 72074 Tübingen

Prof. em. Dr. Arno Gahrmann
c/o Hochschule Bremen
Werderstr. 73, 28199 Bremen

Prof. em. Dr. Roland Geitmann
Martin-Bucer-Str. 6, 77694 Kehl

Dr. Eva-Maria Hubert

Dr. Christof Karner
Steinleitenstr. 3, 3232 Bischofstetten
Österreich

Dipl.Ing. Norbert Mundl
Rauchfangkehrergasse 7/9, 1150 Wien
Österreich

PD Dr. Niko Paech
c/o Carl von Ossietzky-Universität Fak. II
Ammerländer Heerstr. 114–118, 26129 Oldenburg

Dipl.-Geogr., Ethnol. M.A. Sigrun Preissing
Provenceweg 3, 72072 Tübingen

Dipl.-Math. Alwine Schreiber-Martens
Jahnatalstr. 4a, 01594 Jahnishausen/Riesa

Dr. Fabian Thiel
c/o GTZ Office Phnom Penh
No. 17, Street 306, Boeung Keng Kang I
Khan Chamcarmon, Phnom Penh
Kambodscha

Dipl.-Verw.-wiss. Krister Volkmann
Kleine Fischerstr. 3, 14467 Potsdam

Fragen der Freiheit

Beiträge zur freiheitlichen Ordnung von
Kultur, Staat und Wirtschaft

Die Themen in Heft 277–278
Februar 2009

Franz Böhm: **Das Problem der privaten Macht**
Fritz Andres: **Der Tausch im Spannungsfeld von
Allokation und Distribution – Anmerkungen
zur Idee der vollständigen Konkurrenz**

Franz Böhm: **Das Janusgesicht der
Konzentration**

Fritz Andres: **Auswirkungen der Unterlegen-
heit der Ware gegenüber dem Geld auf das
Verhältnis der Anbieter zu den Nachfragern
und der Anbieter untereinander – Zugleich
eine Untersuchung über die Quellen der
Vermachtung der Wirtschaft**

Franz Böhm: **Die Kapitalgesellschaft als
Instrument der Unternehmenszusammen-
fassung**

Fritz Andres: **Geldreform und
Unternehmensverfassung**

Werner Schmid: **Neoliberalismus und
Freiwirtschaft**

Fritz Andres: **Macht – Recht – Interesse
in ihrem Verhältnis zu Staat und Gesellschaft**



Ein Doppelheft kostet
10 Euro und ist erhältlich beim
Seminar für freiheitliche Ordnung
Badstr. 35, 73087 Boll
Fon: 07164 – 35 73
Fax: 07164 – 70 34
eMail: info@sffo.de | www.sffo.de